

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 9. März 1901.

Inhalts die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 50 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Zeitpolstraße Nr. 2.

Inhalt: Die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen IV. (Schluß). — Das Verhältniß im Porzellan- und Bijouterie-gewerbe. — Wirtschaftskrisen und Gewerkschaften. — Die augenblickliche Lage in den Metall- und Maschinen-gewerben. — Aus der christlichen Arbeiterbewegung — Landeskonferenz der Metallarbeiter Sachsens. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Sittensittliches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach; von Fahrradarbeitern nach Magdeburg, Panther-Fahrradwerke, nach Solingen; von Feilenhäutern nach Bielefeld (Zimmermann) M., nach Brandenburg a. Havel (Stasch), nach Düsseldorf, nach Mündchen (Nobel u. Ko) Str., nach Nürnberg; von Feingoldschlägern nach Dresden, Nürnberg und Schwabach (besonders die Wertarbeit M. Bäumer); von Wärtlern nach Nürnberg (Dammhorn); von Formern u. Sanzen A.-S. vorm. Böjes u. Schölze M., nach Erfurt (Seymann u. Müller), nach Feitzing in Bayern (Santleit), nach Frankenthal (S. J. Werner) D., nach Halle (Bernert u. St.), (Wolf u. Meinel) M., nach Gollar (Eisenwerk) M., nach Mündchen (Weil-bronner) M., nach Welsch (Kollre u. Steyer) M., nach Pfungsdorf-Verstadt (Eisenwerk), nach Schil-bronn (Boje u. St.) u. St., nach Gera (Kaufmann) M., u. Gungelberger von Sonntag) Str., nach Kottbus (H. Welt) Str., nach Heidenfels-Lambrecht (Penner), nach Reutlingen; von Messelchmiedern nach Halle a. S. (Hocnung u. Mabe) M.; von Klempnern (Plasniern, Spenglern) nach Danzig L., nach Dortmund (Wittlich) L.; von Maschinenbauern nach Heidenfels-Lambrecht (Penner), nach Suhl (Koch); von Metallarbeitern nach Alzenburg (Otto Seifert), nach Bielefeld (Langsteneck u. St.), nach Eisenach (Farrzeugfabrik) D., nach Hüllmann, nach Pörschau (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik A. Langst), nach Reutlingen (Eisack-Vothring, Hütte Friede) L., nach Aus-Hokau (Vering u. St.) M., nach Bremer-haven (G. Seebek) M., nach Högleben (Kaufmann-fabrik, Eisengießerei A.-G.) und nach Gültale Wiche, Bez. Halle, M., nach Hwil (Schweiz) St.; von Metallrüstern nach Nürnberg (Dammhorn); von Nadelmachern nach Chemnitz-Poppel Str.; von Schleifern nach Neugersdorf (Wespuhlfabrik von C. A. Köpfer) M.; von Schlossbauern nach Großsch Timm u. Tag) M.; von Schmieden nach Braunschweig; von Werftarbeitern nach Bremerhaven (G. Seebek) D.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; u. St. heißt: Streif in Aus-sicht; A.: Vorkaufbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Ml.: Mißstände; H.: Vorkauf oder Alford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Fabrikarbeit verheiratheter Frauen. IV.

Was nun die Wirkungen der Fabrikarbeit verheiratheter Frauen betrifft, so sind sie mannig-facher Art: sittlicher, sanitärischer und wirtschaftlicher. In sanitärischer Beziehung äußert sich die Fabrikarbeit vielfach gleichmaßen für die ledigen wie für die verheiratheten Arbeiterinnen. Nach dem Berlin-Charlottenburger Berichte macht sich die schädliche Ein-wirkung der Fabrikarbeit in Berlin weniger durch plötzliche oder heftige Erkrankungen bemerkbar; sie äußert sich vielmehr in einer allmählichen Schwächung der Gesundheit, aus welcher sich namentlich Blutarmuth, Bleichsucht und Lungenleiden entwickeln. Die meisten Berichte enthalten Mittheilungen über die gleichen Beobachtungen und Feststellungen in den betreffenden Aufsichtsbezirken und zwar bei den erwachsenen Ar-beiterinnen überhaupt, ohne Unterschied ihres Zivil-standes. Nur leider die überarbeiteten und abarbeiteten

verheiratheten Frauen, auch im Hinblick auf die Mutter-schaft, vielfach noch mehr darunter als ihre ledigen Kolleginnen und sodann auch die Kinder. Nicht bloß, daß verheirathete Fabrikarbeiterinnen viele Fehlgeburten aufweisen, auch die Sterblichkeit unter den lebend ge-borenen Kindern ist eine sehr große und zwar einmal deshalb, weil sie schwächlich sind und sodann, weil sie der richtigen und sorgfamen mütterlichen Pflege ent-behren müssen, an deren Stelle künstliche Ernährung tritt und Wartung durch oftmals hierzu ganz un-geeignete Personen. Nach dem unterfränkischen Auf-sichtsbeamten sind die schlimmen Folgen der Fort-setzung der Fabrikarbeit verheiratheter Frauen an den Impflingen und Wiederimpflingen in blassem Aus-sehen, Rhachitis (englische Krankheit) und Skrophuloje zu erkennen, d. h. die verheirathete Fabrikarbeiterin bringt einen schwächlich-n krankhaften Nachwuchs, ein neues verkümmertes und degenerirtes Geschlecht.

Für die Frau selbst wirkt die Fabrikarbeit auch deshalb aufreibend, weil sie daneben auch den Haus-halt zu b-sorgen hat. „Die Verpflichtungen einer ver-heiratheten Arbeiterfrau mit einer nur mäßigen Anzahl von Kindern sind außerordentlich große“, führt der bairische Fabrikinspektor in seinem Berichte aus, „wenn das Hauswesen nur einigermaßen in Ordnung ge-halten werden soll. Es ist hierauf stets von allen berufenen Seiten hingewiesen worden. Die Arbeiter-frau hat den ganzen Haushalt zu führen, Wohnung, Hausrath und Kleidung rein und in guter Ordnung zu erhalten. Bei den beschränkten Mitteln einer Ar-beiterfamilie sollte jeder kleine Mangel und Schaden möglichst schnell ausgebessert werden, damit die Sachen so lange als thunlich halten und Neuanschaffungen hinausgeschoben werden. Sie hat ferner zu kochen, was deswegens besondere Überlegung und Zeit in An-spruch nimmt, oder doch nehmen sollte, weil es darauf ankommt, bei der bescheiden u. Bemessung des Budgets, den Familienangehörigen ein nahrhaftes Essen mit verhältnißmäßig geringen Kosten zu bereiten, was schon zur Erhaltung ihrer körperlichen Kräfte und ihrer Gesundheit nothwendig ist. Aber auch für die Erziehung der Kinder sollte sie doch noch etwas Zeit übrig haben. Man kann sich wenigstens über Verrohung der Jugend so lange nicht mit Recht beklagen, als beide Eltern zur Fabrik gehen müssen und die Kinder vielfach wild aufwachsen. Die An-nahme ist auch nicht ausgeschlossen, daß dieses wilde Aufwachsen vieler Arbeiterkinder mit dazu beiträgt, daß die im jugendlichen Alter begangenen Vergehen und Verbrechen in der Zunahme begriffen sind.“

Hier ist neben den äußerst nachtheiligen Wirkungen der Fabrikarbeit der Frauen auf ihre Gesundheit auch schon auf die schweren sittlichen Nachteile der-selben hingewiesen. Dieser Hinweis auf die Zerrüttung des Familienlebens, der Vernachlässigung des Haus-halts und des Mangels an einem freundlichen Heim, der sittlichen Verwahrlosung der heranwachsenden Proletarier-Jugend kehrt in zahlreichen Berichten wieder und es wird so amtlich jene perfide Verleumdung per-fider Gegner widerlegt und zurückgewiesen, daß die Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, an diesen höchst bedauerlichen und bedenklichen Erscheinungen schuld sei. Selbst in den Berichten der sächsischen Fabrikinspektoren kommt die Wahrheit zum Durchbruch. So reproduziert der Plauener Aufsichtsbeamte die Aeußerungen eines Schuldirektors, wonach bei 45 Kindern von 285, deren Mütter in Fabriken beschäftigt sind, schlechtes Be-tragen, Mangel an Fleiß, Unreinlichkeit u. s. w. direkt auf den Mangel an mütterlicher Aufsicht zurückzuführen waren.

Mehrfach wird noch auf weitere sittliche Nachteile der Fabrikarbeit verheiratheter Frauen aufmerksam gemacht. So berichtet der Aufsichtsbeamte des zweiten württembergischen Bezirkes: „Ferner ist es That-sache, daß die abhängige Stellung der Frau vielfach in unsittlicher Weise benutzt wird, wodurch das Verhältniß zwischen Mann und Frau untergraben wird.“ Ferner derselbe Beamte: „Die große Abhängigkeit der Frauen von Werkführern und Fabrikanten ist in sittlicher Beziehung vielfach eine große Gefahr für dieselben. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen Frauen in ihrem Verdienst geschädigt wurden, weil sie ihre Ehre wahrten.“ Hier ist eine Quelle der Demora-lisirung der Fabrikarbeiterinnen und der völligen Zerrüttung der Arbeiterhehen und Arbeiterfamilien gegeben.

Die wirtschaftlichen Folgen der Fabrikarbeit der verheiratheten Frauen sind bereits in den früheren Artikeln berührt worden. Die Entschlebung der Ar-beiterfrau zum Miterwerb und die Rechnung des Mannes mit demselben verhindern die Entfaltung der vollen Energie des Mannes für die Aufnahme des Kampfes um Erzielung eines zur Erhaltung der Familie ausreichenden Lohnes, er findet sich mit dem niedrigen Arbeitslohn ab und macht dadurch den Miterwerb der Frau zur Nothwendigkeit. So hat die aufreibende, vielseitige Thätigkeit, das erregende Martyrium der Arbeiterfrau für ihre Klasse nicht einmal einen Nutzen, sondern nur eine Herabdrückung und Niedrighaltung der Gesamtlage derselben zur Folge.

Dennoch wissen die Aufsichtsbeamten nur von wenigen Stimmen zu berichten, die sich für den Aus-schluß der Frau von der Fabrikarbeit erklärten. So führt der liegnitzer Gewerberath aus, daß ohne Weiteres zuzugeben sei, daß es der ideale Zustand wäre, wenn verheirathete Frauen und solche, die ein Hauswesen zu be-orgen haben, allgemein der Fabrikarbeit fernbleiben dürften, so daß sie sich nur um ihr Hauswesen zu bekümmern brauchten. Und der Gewerberath in Münster gibt den Ausdruck eines Weberei-Fabrikanten wieder, welcher lautet: „Unsere Ansicht über die Beschäftigung der Frauen geht dahin, daß solche im Allgemeinen im Interesse der Familie nicht zu empfehlen ist und daß in Folge dessen auch die Kindersterblichkeit größer sein dürfte.“ Und ein Spinnereibesitzer sagt: „Die verheiratheten Frauen ge-hören nicht in die Fabrik, sondern ins Haus, zumal da, wo Kinder zu erziehen sind. Allgemeine Bestimm-ungen hierfür wären sehr angebracht.“

Die große Mehrzahl der Befragten aus allen Kreisen erklärte sich gegen den Ausschluß und zwar aus mannigfachen Gründen. Viele Familien könnten bei den heutigen Verhältnissen den Miterwerb der Frau nicht entbehren; bei kinderlosen Ehefrauen hat die Fabrikarbeit nicht die gleichen sanitärischen und sit-tlichen Nachteile zur Folge, wie bei den kinderreichen; alleinstehende Frauen, wie Witwen, geschiedene und eheverlassene Frauen, sind auf ihren eigenen Erwerb zur Erhaltung des Lebens angewiesen; der Ausschluß der Frauen würde die Arbeiterhehen erschweren und das Konkubinats wie die unehelichen Geburten vermehren; zahlreiche Gewerbe und Industrien könnten die verheiratheten Arbeiterinnen nicht entbehren; ferner der Ausschluß würde die von allen Seiten mit Recht ungünstig beurtheilte Hausindustrie fördern u. s. w.

Dagegen wird der Ausschluß der Frauen von einer ganzen Anzahl verschiedener Gewerbe aus gesundheitlichen Gründen gefordert. Als solche besonders schädliche und ungeeignete Ar-beiten werden angeführt: Die Verrichtungen in den Phosphorzündholzfabriken, die Beschäftigung in den staubigen Räumen der Spinnereien, beim Bierstuhlsystem in den Webereien, in den Zündhütchen- und Bleifarbenfabriken, Schuhfabriken (bayerischer Bericht), Herstellung künstlicher Blumen, wobei die Schädig-ungen offenbar durch stitien Forttaub herbeigeführt

werden, ferner die Kalt-Blasung in den Gummi-fabriken, die Arbeit in den Zigarrenfabriken; weitere Industrien: Quecksilberbeleganstalten, Zinkhütten, Industrie der Explosivstoffe, Verarbeitung von Tier-haaren, alle Arbeiten in stark erhitzten Räumen, in kompromittierter Luft, mit schädlicher Staubentwicklung, mit der Entwicklung giftiger Gase und Dämpfe, sowie Arbeiten, die erhebliche Erschütterungen des Körpers mit sich bringen oder übermäßige Muskelausforderungen oder den anhaltenden Gebrauch einzelner Organe und Muskelgruppen oder eine besondere und anhaltende Aufmerksamkeit erfordern; Arbeiten, wie der Transport schwerer Gegenstände in Steinbrüchen und Ziegeleien sowie bei Bauten, ferner das Schleifen von Guß-waaren und Arbeiten in überheizten Trockenräumen; Steintragen bei Bauten, das Stoßbohren von Schieß-löchern in Steinbrüchen, die Beschäftigung in der Malerei und Lackerei, in Gelatinefabriken, in Be-trieben für galvanische Vernickelung, Ver Silber-zug und Vergoldung, für Metallbeizerien, das Bedienen von automatischen Maschinen in Ithrenfabriken, das Fertigmachen (Bodengläser und Bodenbimsen) in Schußfabriken u. i. w. Eine lange Reihe von Arbeiten und Verrichtungen, die für den weiblichen Organismus besonders nachteilig sind und daher verboten werden sollten.

Schließlich wird von den meisten Aufsichtsbeamten eine sehr ernsthafte und wirkungsvolle Fort-führung der Arbeiterschutzgesetzgebung ge-fordert und hierfür ein ganzes Programm von Forderungen aufgestellt. Dieselben sind:

1. Verfürgung der Arbeitszeit (Zehn-, Neun- bezw. der Achtstundentag).
2. Obligatorische Mittagspause von 1 1/2 bezw. 2 Stunden.
3. Freigabe des Samstag-Nachmittags.
4. Vorschriften zum Schutze der Frauen während der letzten Monate der Schwangerschaft.
5. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzzeit der Wöchnerinnen von 4 auf 6 bezw. 8 Wochen und Unterstützung derselben während dieser Zeit aus der Krankenkasse oder Seitens der Unfallver-sicherungsmöglichkeit in der Höhe des entgehen-den Arbeitslohnes.
6. Festlegung jener gesundheits-schädlichen Arbeiten, von deren Verrichtung alle Arbeiterinnen aus-geschlossen bleiben sollen.

Mit Recht wollen die meisten Aufsichtsbeamten eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung für alle, nicht bloß für die berechtigteren Arbeiterinnen und mit Recht wird öfters betont, daß die Entwicklung und Konkurrenz-fähigkeit der deutschen Industrie einen weitgehenden Arbeiterschutz und, fügen wir hinzu, Arbeiter-Schutz sehr wohl erlangen kann.

Das seit Jahren von der organisierten Arbeiter-schaft verfolgte Arbeiterschutz-Programm hat nun auch von amtlicher Seite eine vollständige Realisierung erfahren; treten wir nun mit vermehrter innerer Energie dafür ein, daß es bald zur Tat werde und Deutsch-land wirklich, nicht bloß als Lippe, an der Spitze der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung marschiert.

### Das Lehrverhältnis im Pforzheimer Bijouteriegewerbe.

Wenn man die Sitzungen des Pforzheimer Ge-werbegerichts verfolgt, so findet man, daß keine derselben verübergeht, in der nicht einer oder zur mehrere Anträge auf Auflösung des Lehrverhältnisses zur Verhandlung stehen. So hatte sich das Gewerbe-gericht im abgelaufenen Geschäftsjahre 1909 in 77 Fällen mit der Frage des Lehrverhältnisses zu be-schäftigen. Das Pforzheimer Arbeitersekretariat wurde laut Jahresbericht im verflohenen Jahre in 93 der-artigen Fällen zum Auftritte angegangen.

Bei solchen Fällen muß sich jeder denkende Mensch fragen, warum gerade in Pforzheim so unvorstellbar-mäßig viele Klagen, das Lehrverhältnis betreffend, vorkommen. Ist es schlechte Behandlung, ist die Be-zahlung oder geringe Ausbildung, die solche Zustände herbeiführen, oder liegt ein anderer Grund vor?

Was die Bezahlung betrifft, so ist dieselbe nicht höher als in anderen Berufen. Die Behandlung ist im Allgemeinen allerdings die zuträglichste nicht. Vom Recht der „väterlichen Hand“ nach § 127a der R.-S.-O. wird ausgiebiger Gebrauch gemacht. In einzelnen Fällen wurde am Gewerbegericht bekannt, daß sogar Grundbesitzer und Grundbesitzer bei der Ausbildung der Lehrlinge eine nichts weniger als positive Rolle spielten. Im übrigen ist die Ausbil-dung eine sehr einseitige, was durch die kapitalistische Entwicklung von Jahr zu Jahr schlimmer wird. Die weit fortgeschrittene Technik bedingt eine immer mehr

in's Detail gehende Theilarbeit, die für die Aus-bildung der Lehrlinge nicht von Vorteil sein kann. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die übergroße Mehr-zahl der Betriebe nur Spezialartikel aufertigen, so daß sich hier von einer spezialisierten Theilarbeit sprechen läßt.

Es ist nun wohl selbstverständlich, daß gegen diese kapitalistische und technische Entwicklung nicht anzukämpfen ist, wogegen man sich aber wenden muß, daß ist, daß zu allem Überflusse noch eine Lehrzeit besteht von — sage und schreibe — 5 Jahren. Fünf Jahre Lehrzeit braucht der Pforzheimer Bijouterielehr-ling, um dann als Fabrikarbeiter bei einer, nach der vollendeten Technik eingerichteten Theilarbeit sein Leben zu fristen.

Das ewige Einerlei der Theilarbeit ist es nun auch, was in den meisten Fällen die Klagen auf Auf-lösung des Lehrverhältnisses veranlaßt. „Nicht ge-nügende Ausbildung“ ist stehende Redensart bei den meisten dieser Klagen. Trotzdem müssen die meisten Klagen der Lehrlinge abgewiesen werden, denn der Lehrherr ist nur verpflichtet, seine Lehrlinge in der Anfertigung der Artikel auszubilden, die in seinem Geschäft überhaupt fabriziert werden, ob das nun ein einziger Artikel ist oder es sind zehn verschiedene, dar-nach fragt kein Mensch und kein Gesetz.

Unter „Besondere Bestimmungen für Handwerker“ schreibt der § 130a der R.-S.-O. vor: „Die Lehrzeit soll in der Regel drei Jahre dauern, sie darf den Zeitraum von vier Jahren nicht übersteigen.“ Außer-dem sind die Handwerkskammern beauftragt, in solchen Fällen die Lehrzeit unter 3 Jahren festzusetzen, wo der Lehrling sich in der Schule oder Werkstatt durch Fleiß und Tüchtigkeit hervorsticht oder bei Lehrlings-ausstellungen oder anderen Gelegenheiten sich aus-zeichnet. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die Handwerker immerhin noch eine einigermaßen ver-schiedenartige Ausbildung benötigen, um als Arbeiter oder selbständige Gewerbetreibende bestehen zu können, und die Lehrzeit durch Gesetzeskraft höchstens 4 Jahre dauern darf, dann ist es um so weniger verständlich, wie der einseitige Bijouteriearbeiter einer fünfjährigen Lehrzeit unterworfen sein soll.

Es kann daher auch gar nicht wundern, wenn ein junger Mensch, nachdem er einige Jahre immer ein und dieselbe Arbeit hat verrichten müssen, zu dem Bewußtsein kommt, daß eine fünfjährige Lehrzeit in seinem Verlaufe etwas recht ungerechtfertigtes ist. Es kann da weiter nicht wundern, wenn so ein Lehrling nach drei oder vierjähriger Lehrzeit jedes Mittel ver-sucht, um diese unverhältnismäßig lange Lehrzeit abzu-kürzen, selbst auf die Gefahr hin, daß er als „böder Bursch, der nicht mehr gut thun will“, hingestellt wird.

Leicht ist es in Pforzheim nun nicht, ein Lehr-verhältnis zu lösen, denn es bestehen hier allgemein eingeführte Lehrverträge, die, wenn sie einmal nach der vorgeschriebenen vierwöchentlichen Probezeit (§ 127 b. R.-S.-O.) unterzeichnet und in Kraft getreten sind, den Lehrling der Willkür und Ausbeutung des Lehr-herrn und seiner Stellvertreter vollständig ausliefern. Es ist daher für die Lehrlinge äußerst schwierig, ein Lehrverhältnis zu lösen, ohne zu einer empfindlichen Entschädigung verurteilt zu werden. Schwerwiegende Beweise gehören z. B. dazu, um festzustellen, daß eine Übertretung des Zuchtungsrechtes stattgefunden hat. Aus Mangel an Beweisen gehen auch noch die meisten Leute, sofort zu einem Arzt zu gehen und die Mißhandlung feststellen zu lassen, und so kommt es dann, daß, wenn nach Verlauf von mehreren Tagen oder Wochen die Verhandlung stattfindet, von Stricken u. dgl. nichts mehr zu sehen ist. Und das Resultat ist dann: entweder muß die Lehre fortgesetzt werden oder es heißt: bezahlen.

Ein Beispiel mag zeigen, wie derartige Prozesse gewonnen werden: Der Lehrling, der zu der Einsicht gekommen ist, daß er, anstatt zu einem tüchtigen Goldschmied ausgebildet zu werden, weiter nichts ist als ein auf einen Artikel beschränktes Ausbeutungsojekt, wird darüber unruhig und „will nicht mehr gut thun“. Um ihm das anzutreiben, wird von dem Recht der väterlichen Hand Gebrauch gemacht und zwar erst in einer Weise, die jeder Beschuldigung ipso iure und den Lehrling veranlaßt, das Geschäft zu verlassen. Ist der Fall ein leichterer, dann ist der Arbeitgeber mit einer Klage ruhig bei der Hand; ist die väterliche Zuchtungs- oder straflos ausgefallen, dann läßt man mit schriftlichem Unterhandeln erst einige Wochen hin-gehen bis die „Symptome vorüber“ sind. Alsdann wird energisch die Rückkehr des Lehrlings verlangt. Klagt dieses nicht, dann treten wir uns am Ge-werbegericht. In den seltensten Fällen haben die Leute dann ein ärztliches Gutachten über die Miß-handlung ausstellen lassen und der Prozeß muß für

den Lehrling verloren gehen. Er wird verurteilt in's Geschäft zurückzukehren oder Entschädigung zu zahlen. Die Entschädigung beträgt:

1) Für Lehrlinge:	
im ersten Jahre der Lehrzeit	100 M.
„ zweiten „ „ „	150 „
„ dritten „ „ „	200 „
„ vierten „ „ „	250 „
„ fünften „ „ „	300 „
2) Für Lehrlinginnen:	
im ersten Jahre . . .	50 M.
„ zweiten „ . . .	100 „
„ dritten „ . . .	150 „
3) Für Kettenmacherinnen weiter:	
im vierten Jahre . . .	200 M.

Stirbt der Lehrherr und wird das Geschäft von seinem Nachfolger in gleicher Weise fortgeführt, dann steht dem Lehrling nicht das Recht zu, das Lehrver-hältnis zu lösen; thut er es doch, dann hat er die oben benannte Entschädigung zu zahlen, gleichviel wer das Geschäft übernommen hat. Schließlich sind die Herren aber doch so gnädig, daß sie das Lehrverhältnis als aufgehoben betrachten, unter großmütigem Ver-zicht auf Entschädigung, wenn der Lehrling — stirbt.

Man sollte nun denken, die Arbeitgeber müßten dem Lehrling bei ungerechtfertigter Entlassung oder bei überwiegender Mißhandlung oder sonstigen Ver-führungen Entschädigungen in der gleichen Höhe, wie sie selbst verlangen, bezahlen. Weit gefehlt. Es heißt in den Lehrverträgen ausdrücklich: „Der Lehrherr ist bei unberechtigter Auflösung des Lehrvertrages dem Lehrling zu angemessener Entschädigung ver-pflichtet.“ Diese „angemessene Entschädigung“ stellt das Gewerbegericht fest und es fällt dieselbe nie zu hoch aus. Außerdem wird von den Lehrlingen oder ihren gesetzlichen Vertretern sehr selten Antrag auf Entschädigung gestellt. Die meisten sind froh, daß das Lehrverhältnis zu Ende geht und sie selbst ungerührt davon kommen.

Sollte es sich ein Lehrling während seiner fünf-jährigen Lehrzeit einfallen lassen krank zu werden, dann muß er, laut Lehrvertrag, „für die Dauer der Krankheit entsprechende Zeit nachlernen“.

Sogar der § 135 der R.-S.-O. muß herhalten, um die Ausbeutung der Lehrlinge vollständig zu machen. Dieser Paragraph schreibt vor, daß Kinder unter 14 Jahren in Fabriken nicht länger als 6 Stunden täg-lich beschäftigt werden dürfen. Das ist natürlich einem Unternehmerruzen zu viel zugemuthet. Man weiß sich zu helfen durch folgenden Paragraphen: „Da der Lehrling erst am . . . . . b. J. 14 Jahre alt wird und vom Beginn der Lehre bis dahin nur 6 Stunden täglich arbeiten darf, so hat er diese fehlende Zeit, die ca. . . . Stunden beträgt, nach Beendigung der Lehre nachzulernen.“

Daß Derartiges gegen die sog. guten Sitten ver-stößt, berührt die Herren Ausbeuter nicht und auch die Pforzheimer Polizeibehörde, die sich außerdem sehr lebhaft um die organisierte Arbeiterschaft und ihre Ein-richtungen kümmert, fühlt sich nicht berufen, hiergegen einzuschreiten.

Da muß es denn Sache der Organisation sein, solche Mißstände festzunageln und auf Abhilfe zu dringen. Für den Augenblick ist dazu die wichtigste Zeit, denn jetzt ist die Jagd nach Lehrlingen wieder im vollen Gange. Jetzt kann man Sonntags die „Herrn Kabinettmeister“ und sonstige „Reisende in Lehrlingen“ in den Schwarzwaldörfern antreffen, wie sie mit den Dorfeinwohnern in gnädiger Herablassung einen Liter Wein trinken und bei dieser Gelegenheit das Geschäft abwinkeln und die Bauern einwickeln. Da die Nachfrage nach Lehrlingen eine sehr große ist, wird Alles versucht und in Bewegung gesetzt, um die nöthige Anzahl zu bekommen. So hatten wir z. B. Gelegenheit, in einem Fabrikator ein Plakat folgenden Inhalts zu sehen: „Arbeiter, welche dem Geschäft Lehrlinge zuführen, erhalten pro Nase 5 M.“ Gewiß recht hübsch.

Daß auch in Pforzheim die kleinen Fabrikanten die größten Ausbeuter der Lehrlinge sind, bedarf kaum einer Erwähnung, mußte doch das hiesige Gewerbe-gericht einige Mal Lehrverhältnisse auflösen, weil die Zahl der Lehrlinge den Arbeitern gegenüber nicht dem „richtigen Verhältnis“ entsprach. Bezeichnend ist, daß die Pforzheimer Handelskammer, die bei einer der-artigen Klage vom Gewerbegericht um ein Gutachten angegangen war, wie viel Lehrlinge im Kettenfach auf einen Arbeiter kommen könnten, es ablehnte, sich hierüber zu äußern. Die Handelskammer hat mit ihrem Verhalten jedenfalls dokumentieren wollen, daß sie die Lehrlingsausbeutung, wie sie in Pforzheim üblich ist, für berechtigt hält.

Der Verband ist dieser Meinung nicht, deshalb

wurde auch schon zu der Lehrlingsfrage öffentlich Stellung genommen und hoffen wir, daß unsere Bemühungen, wenn vielleicht auch erst nach hartem Kampf, mit Erfolg gekrönt werden.

Wirtschaftskrisen und Gewerkschaften.

In einer wirtschaftlichen Studie über das Verhältnis zwischen den Handelskrisen und den Gewerkschaften, die Dr. Baranowski, Lehrer an der Universität Petersburg, veröffentlicht, weist derselbe auf den segensreichen Einfluß der Gewerkschaften hin, dem es zu danken sei, daß heute die Krisen nicht mehr so verheerend wirken, wie früher.

Aus der Untersuchung der Handelskrisen in England folgert er, daß dieselben, trotzdem sie in der letzten Hälfte des Jahrhunderts stärker und andauernder aufgetreten sind, nicht so verheerend soziale Wirkungen gezeitigt haben, als es in der vorausgegangenen Periode geschah. Die Erklärung dieser Erscheinung findet der Verfasser in der Erstarkung der Gewerkschaften, die in Zeiten der Arbeitslosigkeit durch Unterstützung die Arbeiter vor einem Herabsinken in das Vagabundenthum und die Verbrechertum bewahren und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse selbst fortdauernd gehoben haben.

Der Verfasser sagt dann weiter:

„Es wird klar, welche Bedeutung die Gewerkschaften in Bezug auf die Handelskrisen haben. Zudem die Gewerkschaften die Arbeitslosen unterstützen, paralysieren sie den Einfluß der Krisen auf die Arbeiter und bewahren diese vor dem Verhungern oder vor einer Wanderung ins Arbeitshaus. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse der englischen Arbeiter, das Aufhören der verderblichen Wirkungen der Handelskrisen muß hauptsächlich auf das Konto der Entwicklung der Trades Unions, wie der sonstigen kooperativen Vereine der englischen Arbeiterklasse gesetzt werden.“

Dr. Baranowski untersucht in seiner Studie über die Gewerkschaften auch die Frage, in welcher Weise ein gesteigerter Waarenexport auf die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse einwirkt. Eine derartige Untersuchung hat auch für die deutschen Arbeiter gerade zur Zeit aktuelle Bedeutung. Die deutsche Industrie wird immer mehr Exportindustrie und die Unternehmerpresse will den Arbeitern beweisen, daß erhöhte Kapitalistenprofite auch erhöhte Arbeitslöhne bedeuten.

Dieser Verdrehung der Tatsachen kann nicht genug entgegengetreten werden. Der Kapitalismus hat nie eine größere Eier nach billigen Arbeitskräften, als wenn er seine Konkurrenzfähigkeit gegen das Ausland verstärken will.

Zu demselben Schluß gelangt auch Dr. Baranowski. Er schildert die Zeit der industriellen Revolution Englands und bemerkt dazu: „Das enorme Anwachsen der Waarenausfuhr Englands stand im schroffsten Gegensatz mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse.“

„Die nächste Epoche bietet uns ein ganz anderes Bild. Der englische Export steigt nicht mehr. An Stelle des energischen Steigens mit starker Senkung in den Jahren der Krisen sind regelmäßige wellenartige Schwankungen auf demselben Niveau getreten. Die industrielle Entwicklung des Landes schreitet in einem verlangsamten Tempo vorwärts. Und zugleich sind im Volksleben alle Merkmale eines steigenden Wohlstandes zu beobachten. Die Sterblichkeit, die Kriminalität und der Pauperismus sinken rasch. Die Krisen üben nicht mehr den früheren Einfluß auf die Lage der Bevölkerung aus. Selbst in den Industriebezirken hat die Geschäftsstockung nicht mehr die frühere verderbliche Wirkung auf die Arbeiterklasse: die Sterblichkeit und Kriminalität steigen nicht mehr und auch die Zahl der Paupers wächst kaum merklich. Die organisierte Arbeiterklasse unternimmt ihre Arbeitslosen selbst.“

Der erhöhte Kapitalgewinn wurde also in England auf Kosten der Arbeiterklasse erreicht. Die Armut wuchs mit der Steigerung der kapitalistischen Profite.

Vielleicht, bemerkt dazu die schweizerische Arbeiterstimme, finden sich Leute, die gerade in dieser Eigenschaft der Gewerkschaften, die Arbeiter während der Krisen nicht völlig in Noth und Elend untergehen zu lassen, eine Schädigung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Allgemeinen erblicken. Wir sind nun aber der festen Ueberzeugung, daß die Ansicht, es könne den Arbeitern nicht schlecht genug gehen, erst die äußerste Armut bewege sie, sich zu organisieren und ihren Ausbeutern Widerstand entgegenzusetzen, zu den von der Erfahrung überwundenen Ansichten gehört. Die äußerste Armut hat eine Entkräftigung und

Niederdrückung der ganzen Persönlichkeit zur Folge. Zur Erhaltung der Energie, wie sie zur Theilnahme an den Kämpfen der Bewegung nothwendig ist, gehört es, daß der Mensch nicht ganz in den Sumpf des Elends versinke.

Aus diesem Grunde kann man mit Recht sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht nur die politische Bewegung stärkt. Nein, sie hat eine noch viel größere Mission, wie wir schon oft genug nachgewiesen haben. Da, wo die Arbeiter im Elend schmachten und überhaupt noch nicht ganz sittlich und moralisch verfault sind, müssen die Gewerkschaften erst die Grundlage schaffen zur politischen Bethätigung und zu einem freien Menschenthum.

Die augenblickliche Lage in den Metall- und Maschinengewerben.

Der „Arbeitsmarkt“ schreibt darüber:

Daß in der Eisenindustrie der Waaren- wie der Arbeitsmarkt sich in einer schweren Krise befindet, darüber herrscht Uebereinstimmung. Allein diese Krise ist nicht allgemein. Gegenüber den sinkenden Waarenpreisen fehlt es hier und da auch nicht an günstigen Momenten. Während die Klagen über die hohen Rohmaterial- und Kohlenpreise erschwerend wirken, gibt die Hoffnung auf ein Herabgehen dieser Preise dem Gewerbe auch wiederum eine gewisse Anregung.

Da bei dem Gegeneinanderwirken verschiedener Einflüsse es nicht möglich ist, die Nachfragesituation allgemein zu charakterisieren, so hat die Redaktion des „Arbeitsmarkt“ den Weg eingeschlagen, durch eine Umfrage bei Arbeitgebern und Arbeitern in den verschiedensten Gegenden Deutschlands den gegenwärtigen Beschäftigungsgrad und die möglichen Auswärtigen durch Stichproben in einzelnen festzustellen. Die Berichterstattung erstreckt sich auf ca. 200,000 Metallarbeiter, von denen 76,600 auf Westdeutschland, vornehmlich Rheinland-Westfalen, 49,900 auf das Königreich Sachsen, entfallen. An dem Rest sind Nord- und Mitteldeutschland mit 22,000, die Seestädte mit 22,000, endlich auch der Süden des Reiches mit 12,000 beteiligt.

In Zentrum des deutschen Eisenwerkes, in Rheinland-Westfalen hat der Beschäftigungsgrad am merkbarsten nachgelassen. In Dortmund werden an 20,000 Metallarbeiter gezählt. In den großen Werken (die Dortmunder Union beschäftigt allein ca. 8000) finden wöchentlich 1, 2, ja selbst 3 Feierschichten statt. Jedoch sind am 15. Febr. Wohnabzüge von 10—30 Prozent ziemlich allgemein durchgeführt worden. Die Entlassungen mehren sich und führen zu einem Andrang nach offenen Stellen, die nur vereinzelt ausgebaut werden. In Bielefeld arbeiten von 6500 Arbeitern etwa 900 Mann verkürzt. In Soest wird in einer Reihe von Betrieben nur 4 Tage in der Woche gearbeitet. Uebereinstimmend günstig lautet die Nachrichten über den Geschäftsgang bei den Feilenhauern. In Duisburg sind in dieser Branche sämtliche Arbeiter voll beschäftigt. In Bielefeld haben sie gegen eine Lohnverkürzung zum Ausstand sicherten können. — In Solingen ist die Stahlwaaren-Industrie zwar noch leidlich beschäftigt; besonders hat die Messerfabrikation vollauf zu thun, da in Folge des südamerikanischen Krieges die Scheffelder Industrie ziemlich brach liegt. Somit aber ist der Niedergang der Konjunktur allgemein. Ganz darnieder liegt die Fahrrad-Branchen. Die Klempner leiden unter großem Arbeitsmangel, während die Bauhölzereien augenblicklich noch einige Aufträge zu erledigen haben. Um eine offene Stelle drängen sich 10—20 Arbeitssuchende. In Aachen mit je 4000 Maltern und Mechanikern ist die Arbeitslosigkeit groß. Der Radelegport nach China hat durch die chinesischen Wirren gelitten. — In Köln und Umg ebung arbeitet ein hoher Prozentsatz verkürzt. Dagegen ist die Zahl der Entlassenen noch relativ klein, und die hohe Arbeitslosen-Ziffer resultirt mehr aus einem starken Zugang. — Der Rückgang in der Elektrizitäts-Industrie kommt namentlich in den Beschäftigungsverhältnissen in Frankfurt zum Ausdruck, wo 2000 Mann, d. i. über 1/4 aller Metallarbeiter, verkürzt arbeiten und trotzdem noch vielfach die Arbeit ganz ausgesetzt wird.

In Mittel- und Norddeutschland liegt der Arbeitsmarkt nicht ganz so ungünstig. In Magdeburg kommen sogar, wenn auch in geringem Maße, immer noch Ueberstunden vor. Bei etwa 16,000 Beschäftigten beläuft sich die Zahl der Arbeitslosen nach nicht auf mehr als 6 bis 800. Aber die Lage verändert sich in ungünstiger Richtung. Neueinstellungen kommen nach vor, aber in der Regel unter schlechten Löhnen. Die Entlassungen aus Mangel an Arbeit mehren sich, und 4500 Mann arbeiten bereits verkürzt. In Burg bei Magdeburg, einem kleinen Orte mit 250 Metallarbeitern, macht sich ein starker Durchzug von Metallarbeitern sowohl von Brandenburg als auch von Magdeburg her bemerkbar, was auf ein Nachlassen des Beschäftigungsgrades in beiden Städten schließen läßt. In Hannover-Linden war bis zu Ende des vorigen Jahres von einer Krise noch nichts zu spüren. Erst im Laufe des Jahres ließ die Beschäftigung in den großen Betrieben nach, so daß Entlassungen nöthig wurden. In den kleineren Betrieben geht es zur Zeit noch besser, so daß noch Neueinstellungen stattfinden. Von etwa 11,000 Beschäftigten arbeiten 1500 verkürzt, theilweise nur 1/4 der früheren Arbeitszeit pro Tag. Die Zahl der Arbeitslosen ist nach den Beobachtungen innerhalb der Organisirten noch gering (60 bis 70 von 2400 Mitte Februar). In Berlin läßt die Beschäftigung in den Betrieben der Elektrizitätsindustrie sehr viel zu wünschen übrig. Entlassungen, Wohnreduktionen und Betriebsbeschränkungen sind ziemlich allgemein durchgeführt. In anderen Branchen hat der Beschäftigungsgrad gleichfalls, wenn auch nicht in dem hohen Grade, nachgelassen.

In Königreich Sachsen und in Ostdeutschland, vornehmlich in Schlesien ist nach einem scharfen und starken Rückgang der Beschäftigung eine weitere Verschlechterung zu konstatieren. Voller Beschäftigung gehört zwar zu den Ausnahmen, die meisten Fabriken arbeiten vielmehr stark verkürzt, so in Leipzig nur 6—8 Stunden pro Arbeitstag. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch gering (in

Dresden bei 14,000 Arbeitern ca. 400). Dagegen man annimmt, daß die Arbeitslosigkeit im Ansteigen begriffen ist, so ist doch gerade vom Dezember zum Januar ein günstiges Wellenthal zu bemerken. In Leipzig wurden an Unterstützungen (überwiegend an wandernde Arbeitslose) gezahlt:

Table with 3 columns: Month, Verbandsgehalt, Sozialgehalt. Rows for December and January.

In Chemnitz und Umgegend sind von 1724 organisierten Arbeitern ca. 50 ohne Arbeit. Ein Drittel der ca. 17,000 Beschäftigten arbeitet verkürzt. Auch erreichen die wöchentlichen Entlassungen eine bedenkliche Höhe: 150—200 im Durchschnitt wöchentlich während des Monats Januar. In Oberschlesien arbeitet, soweit aus den Berichten hervorgeht, ein Drittel aller Beschäftigten voll, die übrigen stark verkürzt. Größere Entlassungen fanden zur Zeit nicht statt, es scheint vielmehr, als ob ein Stillstand in Bezug auf Entlassungen eingetreten wäre, da sich neue Arbeitslose in den Zahlstellen der Organisation der Metallarbeiter in allerjüngster Zeit nicht meldeten. In Breslau sind von 2475 organisierten Arbeitern 49 arbeitslos. — In Posen, wo die Zahl der Schloffer in der Metallbranche überwiegt, geht das Geschäft äusserst flau. Die Klempner sind bis zu 90 Prozent unbeschäftigt.

Sagt entgegengesetzt ist das Gepräge in den Seestädten, wo in den Werften noch immer guter Geschäftsgang herrscht. In Kiel sind die Werften derartig mit Aufträgen überhäuft, daß von den 4000 Beschäftigten etwa 1500 Ueberstunden machen müssen. Auf der Germania-Werft fanden zahlreiche Neueinstellungen statt. Arbeitslose sind keine vorhanden, trotzdem ist der Andrang zu offenen Stellen in Folge überaus starken Zugangs übermäßig. Viele der Zugewanderten versprechen sich goldene Berge, sehen aber, wenn sie die Verhältnisse kennen gelernt haben, dem Orte enttäuscht wieder den Rücken. In Lübeck ist die Lage der Metallarbeiter im Vergleich zu anderen Kategorien noch gut zu nennen, da die beiden größten Etablissements am Orte, die zusammen 1000 Arbeiter beschäftigen und bei 2000 Metallarbeitern überhaupt den Ausschlag geben, noch über das Jahr 1901 hinaus vollständig mit Arbeit gedeckt sind. In Hamburg findet auf den Werften noch immer erheblich Ueberarbeit statt. Trotzdem sind eine große Zahl arbeitslos, da der Zugang vom Binnenlande bedeutend ist. In den Schloffereien wird viel über Mangel an Arbeit geklagt. In Vant-Wilhelms haben finden nur im Maschinenbau Entlassungen statt. Arbeitslosigkeit macht sich aber am Orte noch recht bemerkbar. In Bremerhaven-Seebeckmündelche sind zur Zeit sämtliche Arbeiter voll beschäftigt. Ein Drittel hat Ueberstunden zu leisten. Entlassungen finden nicht statt. Arbeitslose sind vorhanden und reizen vollständig aus, den Bedarf an neuen Arbeitskräften zu decken. Zugang ist namentlich aus Hannover erheblich.

Günstig ist die Lage im Allgemeinen auch noch in Süddeutschland. Eine Ausnahme macht indessen Nürnberg, dort ist der Geschäftsgang bei den Metallbrüchern, Goldschlägern, Flaschern und Formern flau; es wird überwiegend verkürzt gearbeitet; etwas besser geht es den Zinn gießern und den Feinmechanikern in der Heizungsbranche. — Die Silberschläger in Fürth und Schwabach sind gut beschäftigt. — In München sind namentlich die Formier noch voll beschäftigt, wenn auch eine Verkürzung der Arbeitszeit einem Theil schon angeflüstert ist. Die Zinngießer sind zwar nicht alle beschäftigt, doch finden auch keine Entlassungen statt. Die Lage der Feilenhauer ist befriedigend. In Karlsruhe sind sogar die vom Baugewerbe rejtretenden Metallarbeiter, so die Bauhölzler, voll beschäftigt. Nur in der Metall- Patronen- und Elektrizitäts-Industrie fanden Entlassungen statt. Selbst in Augsburg, mit ziemlich entwickelter Metallindustrie, deuten die allgemeinen Beschäftigungsverhältnisse des Orts zwar auf den Rückgang, keineswegs aber auf das Bestehen einer Krise. Von 7000 Arbeitern arbeiten ca. 400 verkürzt, während dagegen 250 Ueberstunden machen. Arbeitslose sind zwischen 100 und 120 vorhanden.

Das Ergänzende läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen. Am schwierigsten ist die Lage in Rheinland-Westfalen; geradezu günstig in den Seestädten und überwiegend auch in Süddeutschland. Alle übrigen Theile Deutschlands zeigen tiefe Einwirkungen der Krise mit gewissen Anzeichen zu einer Erholung. Ob diese Anzeichen eine günstige Weiterentwicklung nehmen, wird im Wesentlichen davon abhängen, ob der Metallindustrie günstigerer Bezugsbedingungen in ihren Rohstoffen zu Hilfe kommen. Das Kohlen- und Holzsyndikat liegt in diesem Schilde. Das Kupfer-Syndikat, das auf lange Zeit hinaus mit festen Bestellungen zu hohen Preisen versorgt ist, beharrt auf diesen unangenehm. Bis jetzt hat allein der Halbzeug-Vorwand in weiser Würdigung der Er-fahrungssache, daß jeder Verkäufer ein Interesse daran hat, seine Abnehmer leistungsfähig zu erhalten, trotz fester Abschlüsse Preisabschläge bewilligt. Ob dieses Beispiel Nachahmung findet, davon wird zum großen Theil die Verhaltung des Waaren- und Arbeitsmarktes in der gesamten Industrie der Metalle und Maschinen abhängen. Seit dem Bestehen der Syndikate hat es für diese noch niemals einen Zeitpunkt gegeben, in dem von ihrer Preispolitik eine so folgenreiche wirtschaftliche Entseidung abhing, wie gegenwärtig.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Zu dem Streit, der zwischen dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiter-Bundes, Wieser, und dem Vorsitzenden des christlichen Gewerkevereins der Bergarbeiter, Brühl, bzw. zwischen Wieser und den übrigen Mitgliedern des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften war, und über den in der „Metallarbeiter-Zeitung“ schon berichtet wurde, wird dem führenden Organ der Zentrumspartei, dem in Berlin erscheinenden „Germania“, gefolgt, daß zu dem gegen Wieser, den Befürworter des Grundgedankens der christlichen Gewerkschaften, gerichteten Beschluß einiger Ausständigenmitglieder: nicht mehr mit Wieser in der so manchen zusammen zu arbeiten, — der Berufsverband der christlichen Blei-, Zink- und chemischen Fabrikarbeiter in Stolberg (Hld.) in einer Resolution Stellung genommen habe. Es werde danach gefordert die endgiltige Erledigung der Differenzen und die Zurücknahme der von Brühl gegen Wieser aus-

gesprochenen Verteidigungen: dem Ausschuss der christlichen Gewerkschaften wird das Recht abgesprochen, Mitglieder aus seiner Mitte auszuscheiden.

Darauf erklärt Brust in seinem „Beizhnappe“, der Streit sei von Wieber trotz erfolgter Verwarnung in der ersten Sitzung des Gesamtausschusses in geradezu unqualifizierbarer Weise vom Zaune gebrochen worden, indem er über die Verhandlungen des Ausschusses in wahrheitswidriger Weise berichtet und die anderen Ausschussmitglieder in geradezu kindischer Weise zu verächtlichen geistert habe. Wir wollen, so heißt es dann im „Beizhnappe“ weiter, der „Germania“ wirkliche und ernsthafte Wahrheiten aus ihrem eigenen Lager ins Gedächtnis zurückrufen, an deren Verbanung sie übergenug zu thun hat und dann heißt es weiter: Da nun der Beschluß des Berufsverbandes christlicher Blei-, Zinn- und zinnischer Fabrikarbeiter in Stolberg in dessen Verbanung wirklich erfolgt ist, haben wir auch von keiner anderen Seite erfahren, ob sich der Vorsitzende des Verbandes diesen dieser Tage bei Brust zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften anmeldete. Was übrigens der Gesamtausschuss thun wird, soll sich schon in der nächsten Sitzung des Ausschusses zeigen, heute können wir aber schon versichern, daß seitens des Herrn Brust gegen Wieber nicht das Verhörge zurüdgekommen wird.

Diese mehrfach angezogene nächste Sitzung des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften dürfte sich demnach äußerst interessant gestalten. Im Uebrigen zeigt Vorstehendes wieder deutlich, wie der Kampf tobt, den die christlichen Gewerkschaften mit der Zentrumspartei um ihre Mitglieder zu führen haben. Die Zentrumspartei will die katholischen Arbeiter als Wähler zwar gerne an sich fesseln, die christlichen Gewerkschaften aber als Kinderbewahrschulen betrachten wissen, die nur dazu zu dienen haben, die christlichen Arbeiter vor der Berührung mit den bösen Sog zu bewahren, und im übrigen den Unternehmern willige Elemente zu erzeugen.

Der Frankfurter Zeitung wird unterm 27. Februar aus Köln berichtet, daß dieser Tage vom Gesamtausschuss der christlichen Gewerkschaften eine Sitzung abgehalten wurde, in welcher der zwischen dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Wieber-Duisburg, und dem des Bergarbeiter-Verbandes, Brust-Essen, ausgedrohte Streit bezüglich der i. A. erlassenen Erklärung des Gesamtverbandes in Sachen des bekannten Urlasses der preussischen Bischöfe beigelegt werden sollte. Die Verhandlungen endeten damit, das Wieber aus dem Gesamtausschuss ausgeschieden wurde, da ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich sei. Da der ausgeschiedene das Recht hat, an den zu Hingängen hundertenden christlichen Gewerkschaftslogen zu appellieren, und er mit seiner Ansicht, die Mitglieder des Ausschusses hätten mit ihrer Erklärung den positiven christlichen Boden verlassen, vermutlich nicht allein steht, so dürfte es auf dem Kongress heiß hergehen. Für die kleineren Gewerkschaften wurde die Schaffung eines gemeinschaftlichen, von Steigerwald-München zu redigierenden Organes beschlossen, während Arbeitersekretär Wiesner-M. Gladbach mit der Redaktion des alle 14 Tage erscheinenden Zentralorgans für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften betraut wurde.

### Landeskongress der Metallarbeiter Sachsens.

(Abgehalten in Döbeln am 24. Februar 1901.)

#### Tagesordnung:

1. Agitationsbericht.
2. Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes.
3. Anträge.
4. Organisation und Agitation.

Rühn-Döbeln eröffnet mit begrüßenden Worten die Versammlung und wendet darauf hin, daß die Halle in Döbeln gerade heute vor 10 Jahren gegründet worden sei. Nachdem der Gelagereim zunächst ein prächtiges Lied vorgesungen, erfolgt die Durcharbeitung. Es werden gewöhnlich zum Vorsitzenden Hermann-Gömmig, zum Schriftführer Haack-Dresden, die Mandatsprüfungskommissionen besteht aus Gramann-Weißitz, Krause-Gömmig und Rühn-Döbeln. Vor Beginn in die Tagesordnung bezieht der Vorsitzende noch besonders den Verbandsvorsitzenden Schlichte-Struttgart.

Der Agitationsbericht erstattet Weber-Gömmig: Als wir die Arbeitslosenunterstützung einführten, bestand die Befürchtung, daß die Organisation einen Rückschlag erfahren würde. Um zu zeigen, was man die Befürchtungen berechtigt waren, haben wir eine Statistik aufgenommen. Nach dieser ist ein Rückschlag nicht festzustellen. In der Zeit vor der Mitgliederzählung. Dort sind von 2000 Metallarbeitern 8 1/2 Prozent organisiert, darunter 60 Verbände. In Sachsen sind 34 1/2 Prozent organisiert. Für Grimnitz sind in einem ziemlich großen Bezirk zu verzeichnen, 24. Von 190 sind 33 1/2 Prozent organisiert. In Delitzsch verlor der Verband in Folge des Ausbruchs eines hiesigen Arbeitseifers 21 Mitglieder. Meran zeigt keine Veränderung (400 Metallarbeiter 11 Prozent organisiert). In Grimnitz ist die Organisation erst im März 1900 ins Leben gerufen (350 Metallarbeiter 9 Prozent organisiert). Chemnitz ist vornehmlich gebildet (17.190 Metallarbeiter 14 1/2 Prozent organisiert). In Schwarzenberg sind allerdings wegen der Kriegserhöhung 15 Mitglieder verloren gegangen (66 Metallarbeiter 4 1/2 Prozent organisiert). In Dresden sind ebenfalls 15 Mitglieder verloren gegangen (15.000 Metallarbeiter 13 1/2 Prozent organisiert). Döbeln hat keine Abnahme, aber große Schwanen (1200 Metallarbeiter 12 1/2 Prozent organisiert). Jena hatte einen kleinen Rückschlag und viele Schan. (500 Metallarbeiter 10 1/2 Prozent organisiert). Sondershausen: die Abnahme beträgt 15; doch zeigt

sich wieder Steigung (210 Metallarbeiter 17 1/2 Prozent organisiert). Chemnitz: normaler Stand (45 Metallarbeiter 17 Prozent organisiert). Wittweida: Rückgang von 15 Mitgliedern (810 Metallarbeiter 11 1/2 Prozent organisiert). Bismarck: normaler Stand (100 Metallarbeiter 9 1/2 Prozent organisiert). Meisenheim: normaler Stand (100 Metallarbeiter 6 1/2 Prozent organisiert). Meisa: Rückgang der Organisation (Metallarbeiter 1468, 3 1/2 Prozent organisiert). Groß-Schönau: Zunahme 30 Mitglieder 152 Metallarbeiter 68 Prozent organisiert. Gaißingen: kleiner Rückgang (70 Metallarbeiter 25 Prozent organisiert). Gauschütz: normaler Stand (330 Metallarbeiter 14 Prozent organisiert). Oberbad: 50 Metallarbeiter. Bismarck: Rückgang in Folge Beitragserhöhung (1520 Metallarbeiter 10 1/2 Prozent organisiert). Neujahr: Fortschritt (400 Metallarbeiter 14 Prozent organisiert). Nieder-Erlitz: guter Stand (1800 Metallarbeiter 30 Prozent organisiert). Großsch: Rückgang von 40 Mitgliedern (146 Metallarbeiter 46 Prozent organisiert). Freiberg: zeit in Folge der Schuld der Verwaltung einen kleinen Rückschlag (500 Metallarbeiter 7 1/2 Prozent organisiert). Reichenbach: Rückgang 51 (500 Metallarbeiter 9 Prozent organisiert). Leipzig: normaler Zustand (19.000 Metallarbeiter 22 1/2 Prozent organisiert). Meissen: gut organisiert (500 Metallarbeiter 31 Prozent organisiert). Gröna: Zunahme (135 Metallarbeiter 38 Prozent organisiert). Werbau: Stillstand (900 Metallarbeiter 12 Prozent organisiert). Aus diesen Zahlen geht hervor, daß von einer wesentlichen Beeinträchtigung des Organisationsbestandes durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht geredet werden kann. In Westsachsen gingen den Agitationskomitee 84 Briefe und Karten zu. Die Ausgänge betragen 72 Briefe und 32 Postkarten. Es wurden 36 Versammlungen und 8 Revisionen abgehalten. 5 Hingelblätter sind verfaßt worden. Ferner ist die obige Statistik angefertigt worden. Der Besuch der Versammlungen lag oft zu wünschen übrig. Manchmal war er gut. Leider war es in verschiedenen Orten wegen Lokalmangetz nicht möglich Versammlungen abzuhalten, so in Aue, Schwarzenberg, Hölzstadt u. a. Die von Stuttgart angeordneten Revisionen ergaben glücklicher Weise nur, daß an wenigen Orten kleine Nachlässigkeiten vorgekommen waren.

Hoffmann-Dresden stellt den Antrag, hierfür den Bericht des Agitationskomitee drucken und wenigstens 3 Tage vorher den Delegierten zu lassen. Es sei sonst unmöglich die Zahlen zu prüfen. Bezüglich Dresdens hätte man in der Statistik die 400 Feinmetzler und 200 Schmiede des Verbandes zuzählen müssen, dann betrüge der Prozentsatz der Organisation 24.

Haack-Dresden vermahnt sich dagegen, Prophezei zu haben, der Verband würde durch die Arbeitslosenunterstützung gar keinen Rückschlag erleiden. Er habe i. S. nur bekräftigt, daß der Verband eine qualitative Einbuße erfahren würde. Der betrübende Rückschlag der Organisation in Meisa sei wesentlich Schuld des dortigen Vorsitzenden Seydewitz, der angeschlossen werden mußte. Da es in Meisa besser werden würde, erweise zweifelhaft, es fehlen dort die Kräfte. Einen Uebelstand bedeuete die Sucht der Landesorganisationen, städtische Referenten für sich zu finden. Die örtlichen Gruppen sollten darauf hinwirken, sich selbst Referenten heranzuzüchten.

Die Mandatsprüfungskommission stellt fest, daß 45 Delegierte mit 40 Mandaten amtscheidend sind. Von den zurückgebliebenen Mandatnehmern in Chemnitz ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Höllner-Dresden gibt den Agitationsbericht für Ostsachsen. Er ist der Meinung, daß die Fluktuation entgegen der Prophezeiung der Begründer der Arbeitslosenunterstützung nicht nachgelassen hat. Der Beginn der wirtschaftlichen Krisis mache sich bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen übersteige die der Jugerzinsen in allen Orten. 1899 waren in 17 Verwaltungen 2793 Mitglieder, 1900 in 18 Verwaltungen 3321 Mitglieder. In Meisa dürfte man nicht alle Schuld auf Seydewitz wälzen. Der Ausgang der Organisation sei auch auf die Nachregelung der dortigen Kollegen zurückzuführen. An Arbeitslose wurden gezahlt in Dresden bei 3000 Mitgliedern an 156 Arbeitslose für 1583 Tage, in den 18 anderen Verwaltungen bei 1284 Mitgliedern an 12 Arbeitslose für 248 Tage. Unterstützung wurde gezahlt in Dresden für 1899 Tage, in den anderen Verwaltungen für 172 Tage. Insgesamt wurden gezahlt an 268 Arbeitslose für 1761 Tage 2008 M. Es fanden 30 Versammlungen statt, in denen 20.000 Handzettel verteilt wurden.

Der Leipziger Agitationsbericht gibt Böhm. Trotz der Erleichterung durch den großen Formierereis, der vor zwei Jahren stattfand, habe man kräftig agitiert und auch schöne Erfolge erzielt. Er sei dafür, für die kleinen Städte besoldete Agitatoren einzustellen, damit nicht den großen Städten die besten Kräfte entzogen würden. Von diesen Leuten müßten die Revisionen vorgenommen werden.

Hoffmann-Dresden stellt folgenden Antrag: „Ich beantrage, daß der Bericht in der Zusammenstellung, wie sie die Agitationskorrespondenten schon heute machen, gedruckt werden. Der Bericht muß wenigstens 3 Tage vorher den Verwaltungen zugehändigt werden.“

Weber-Gömmig bejourniert zur besseren Agitation die Gesamtorganisation Sachsens.

Haack-Dresden: Ich freue mich, daß Weber jetzt zur Einheit gekommen ist. Die Gaueinteilung ist von der letzten Generalversammlung im Prinzip angenommen worden. Der Vorstand hat die Pflicht, und diesbezügliche Vorschläge zu machen. Man sollte die großen Städte zu Ganzen des Landes von Referenten entlasten, denn die großen Städte sind doch die ertragreicheren Felder für uns. Leipzig hat großen Erfolg erringt, weil es das beschränkte. Man soll nicht von bezahlten Agitatoren sprechen. Wir müssen sagen Gauleiter, denn wichtiger als die Versammlungsreferente ist die organisierte Agitationsfähigkeit.

Krause-Gömmig führt die von Höllner betonte Fluktuation nicht auf die Arbeitslosenunterstützung, sondern auf die herrschende wirtschaftliche Krisis zurück. Er ist trotz der Meinung, daß sogar die Arbeitslosenunterstützung in Folge der Krisis eine Gewerkschaftsfrage ist wie 1892 erfolgen würde. Bei der Chemnitzer Krankenkasse habe man festgestellt, daß die Arbeitslosen viel größer sei als nach der Mitgliederzählung zu vermuten wäre. Die Arbeitslosenunterstützung werde im Laufe der Zeit noch wachsen. Für Chemnitz komme in der Zeit vom 1. Januar

bis 23 Februar 6 1/2 M pro Woche und Kopf. Im vorigen Vierteljahr habe dieser Satz nur 4 1/2 M erreicht.

Von Groß-Schönau ist der Antrag eingegangen, das Agitationskomitee für Ostsachsen möge den Kollegen auf dem Lande jährlich einen Referenten unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Rühn-Döbeln erklärt, er habe schon 1898 in Meissen den Antrag auf Drucklegung des Agitationsberichts gestellt. Er verlange die Zurückstellung des Berichts nicht nur an die Delegierten, sondern an alle Mitglieder.

Schramm-Leipzig spricht sich auch für die Anstellung von Gauleitern aus. Dem Verband würden durch bessere Kontrolle Tausende gepart werden.

Einke-Groschönau schildert die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kollegen im Erzgebirge zur Organisation hielten. In Anbetracht dieser Umstände wäre der Antrag Groß-Schönau durchaus berechtigt.

Höllner-Dresden weist einen geäußerten Vorwurf, daß er den Döbelner Kollegen bei der Vorbereitung zur Konferenz nicht an die Hand gegangen sei, als unberechtigt zurück. Den Antrag Groß-Schönau könne er nicht unterstützen. Die Vordorte mögen ihre Referenten selber zahlen.

Verbandsvorsitzender Schlichte-Struttgart: Der Vorstand wird der Generalversammlung einen Vorschlag über die Gaueinteilung unterbreiten. Ob die Vorträge viele Freunde finden wird, stelle ich dahin. Die meisten wissen nicht, was uns die Gaueinteilung kosten wird. Jeder Gau beansprucht wenigstens 5-6000 M Kosten, denn es handelt sich nicht nur um das Gehalt des Gauleiters, sondern auch um die Reisekosten. Der Beamte muß so gestellt werden, daß er bei seinen vielen Reisen nicht verunruht. Sehr schwierig ist die Personenfrage. Wir haben im Verband tüchtige Leute genug, aber diese befinden sich schon in Verbandsstellung. Die Anforderungen für den Posten sind sehr groß. Der Gauleiter muß schrittgewandt sein und leichte Auffassungsgabe besitzen, große Erfahrung und sozialpolitisches Verständnis haben, um die Kollegen unterrichten zu können. Auch zum Gewerbeinspektionswesen braucht er Verständnis. Uebertrag an so vereinigten Leuten haben wir wohl nicht. Wir müssen sie uns erst heranzüchten. Ein Gauleiter kann gewiß dem Verband viel sparen, aber auch viel kosten, wenn er leichtsinnig ist. Die Generalversammlung wird sich zur Gaueinteilung auf den Standpunkt stellen müssen: Probieren geht über Studieren. Wir müssen Erfahrung sammeln, deshalb wollen wir zuerst große Bezirke bilden und diese nach und nach verkleinern. Es sind 9 Gaue für Deutschland vorgesehen, für Süddeutschland wegen der Nähe des Verbandsvorstands nur ein großer Gau, für die entfernteren Gegenden Deutschlands kleinere Gaue. Die Gesamtkosten der Gauleitung berechnen wir für ganz Deutschland auf 60.000 M. Die Agitation der großen Städte auf dem Lande erachte ich für notwendig, schon deswegen, damit keine Preisbrücker vom Lande in die Städte einwandern. Daß Höllner noch immer kein Nachlassen der Fluktuation feststellt, wundert mich nicht. Nach einem halben Jahre kann die Arbeitslosenunterstützung noch nicht wirken. Die Fluktuation wird zurückgehen; ich habe aber nicht behauptet, daß sie ganz verschwinden wird. Der Antrag auf Gaueinteilung erscheint mir überflüssig.

Haack-Dresden beantragt, über den Antrag Groß-Schönau zur Tagesordnung überzugehen, was geschieht.

Der Antrag Hoffmann wird mit allen gegen 5 Stimmen angenommen. Ein Antrag Winkler und Wen. betr. Gaueinteilung Sachsens, wobei das Vogtland mit dem Erzgebirge einen Gau bilden soll, wird abgelehnt. Dasselbe Schicksal erfährt ein Antrag auf Anstellung eines Gauleiters. 20 Stimmen sind dagegen, 18 dafür.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung: „Anträge zur Generalversammlung in Nürnberg“ beantragt Schramm-Leipzig, der Generalversammlung zu empfehlen, einen neuen Absatz 5 zum § 14 zu schaffen, worin klipp und klar ausgesprochen werde, daß die Anweisungen des Ausschusses für den Vorstand verbindlich wären. Zur Begründung des Antrages führt Schramm aus: 1899 erfolgte bei der Firma Becker in Leipzig mit Genehmigung des Vorstandes ein Angriffsfreist, der sich zum Generalstreik auswuchs. Der Vorstand war über Alles informiert. Becker, der bekanntlich nicht organisiert war, fand trotzdem Schutz bei der Arbeitgeberorganisation. Die beabsichtigte Einschüchterung der Arbeiter wurde aber nicht erreicht. Die gute Geschäftslage hielt die Unternehmer von diesem Schritt ab, dagegen kam der Ullas heraus, wonach die Streikenden auf 2 Jahre ausgeschloren wurden. Vom Vorstand ließ sich niemand in Leipzig sehen. Als am 7. Juni der Generalstreik ausbrach, schickten wir Schramm nach Stuttgart. Der Vorstand genehmigte nicht den Streik und gab nur ein Darlehen. Wir wendeten uns nun nach Frankfurt an den Ausschuss. Aber obgleich dieser den Streik als berechtigt anerkannte, verharrete der Vorstand auf seinem ablehnenden Standpunkt und erhob gegen den Ausschuss den kompetenzkonflikte. 7 Wochen lang gab er nur Darlehen, dann gar nichts mehr. Wir schickten darauf Delegierte nach ganz Deutschland an die Mitglieder. Hier fanden wir Unterstützung. Der Vorstand mußte klein beigeben und den Streik genehmigen. Durch den Leipziger Antrag soll derartige Schwächen in unseren Kämpfen für die Zukunft vorgebeugt werden.

Von den Dresdnern ist ein Antrag eingegangen, die örtliche Arbeitslosenunterstützung und die Kreisunterstützung zu bereinigen und eine allgemeine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Haack begründet den Antrag. Weil die Arbeitslosenunterstützung höher als die Kreisunterstützung sei, blieben viele Kollegen am Orte, denn die auf die Kreisunterstützung seien im Vergleich zu den Zurückbleibenden geschädigt. Der Antrag werde veranlassen, daß die Arbeitslosen eher auf die Kreise gingen und schneller Arbeit fanden.

Zwei weitere Anträge wünschen Beseitigung bezu. Milderung der achtstägigen starrezeit bei der örtlichen Arbeitslosenunterstützung.

Vorstand Schlichte-Struttgart: Wenn wir die Anträge, einschließend des Dresdnere annehmen, werden wir thatfächlich einen Sprung ins Dunkle thun. Unsere ganzen Berechnungen, die wir auf Grund der Arbeitslosenunterstützung angestellt haben, beruhen doch auf Berücksichtigung der Karenzzeit und Differenzierung der Arbeitslosen- und Kreisunterstützung. Bessere wird abichtlich gleich ausgezahlt, damit gleichsam den Kollegen ein sanfter Dippenstog veretzt wird, möglichst rasch abzurücken. Besser wäre es, wenn wir

die Kilometergeldberechnung beibehalten hätten. Die letzte Generalversammlung hat aber den Fehler begangen, auf Kather's Antrag sie abzuschaffen, wodurch den Stassenräubern das Handwerk erleichtert ist. Bezüglich des Leipziger Antrages warne ich Sie vor Gelegenheitsgehegung nach Art der lex Feinge. Sie schaffen unholtere Zustände, wenn Sie den Ausschuss über den Vorstand setzen. In einem Verband darf nur eine Leitung sein und zwar eine verantwortliche. Der Streik bei Becker war ohne Beachtung der Statuten begonnen worden. Wir sind richtig unterrichtet worden und waren gegen den Streik, weil er in unseren Augen schon verloren war. Der Ausschuss entschied für den Streik ohne uns gehört zu haben.\* So lange ich an der Leitung bin, dulde ich keine Nebenregierung. Der Ausschuss hat nur zu überwachen aber nicht zu kommandieren. Wenn wir stets streikten um unserer Ehre willen, wären unsere Kassen bald leer. Wir dürfen nur einen Kampf führen, wenn für einen Erfolg irgend welche Wahrscheinlichkeit besteht.

Böhme-Leipzig hält den Formestreik durchaus nicht für so aussichtslos, da 90 Prozent organisiert waren. Auch um der Ehre willen müsse man unter Umständen streiken. Die Prinzipien müsse man hochhalten, sonst sinkt man auf das Niveau der Buchdrucker.

Nach einer längeren Erörterung kommen die Anträge zur Abstimmung. Der Dresdner Antrag wird abgelehnt. Der Antrag Schramm-Leipzig wird mit allen gegen die Stimmen der fünf Leipziger Delegierten abgelehnt.

Angenommen werden folgende Anträge:

1) Die Zahlstelle Wiederfeldt beantragt, in § 7 des Statuts nach Absatz 9 einzufügen: „Arbeitslose Mitglieder, welche durch Familienverhältnisse verhindert sind, abzureisen, vorausichtlich aber am Orte keine Arbeit erhalten, können auf die Dauer von 3—5 Tagen einer anderen Zahlstelle, in deren Bereich sie Arbeit suchen wollen, zur Kontrolle überwiesen werden.“

2) § 4 Absatz 1 soll hinfert heißen: Das Beitrittsgehd für männliche Mitglieder beträgt 30 (bisher 30), für weibliche 20 (bisher 20) M.

3) § 6 soll den neuen Absatz 2 erhalten: Ein Mitglied hat nur dann auf die tägliche Unterstützung Anspruch, wenn es je 25, mindestens 20 Kilometer zurückgelegt hat. (Gegen 8 Stimmen angenommen.)

4) § 7, Abs. 7: Untersützung darf nur an dem Orte ausbezahlt werden, wo das Mitglied arbeitslos geworden ist oder an seinem Wohnort, wenn sich dort eine Zahlstelle des Verbandes befindet und wenn das Mitglied von der Verwaltungsstelle, wo es arbeitslos geworden ist, dorthin überwiesen ist.

Abgelehnt wird ein Zusatz 2 zu § 11 „von mindestens 2 (bisher 4) wöchentlich Dauer“ usw., sowie die Anträge auf Beschränkung der Karenzzeit.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung „Verbandsangelegenheiten“ wird zum Sitz der nächsten Landeskonferenz Chemnitz bestimmt.

Fromm-Leipzig warnt vor gewissen reisenden Kollegen, die nur 3 Marken in ihr Mitgliedsbuch geklebt hätten und dann in den Wirtschaften von Tisch zu Tisch vorprächen. Der Delegierte von Großenhain erjucht, ja die verkauften Marken zu entwerthen. Er kenne einen Fall, wo ein aus-geschlossener Kollege seine Marken verkaufte. Haack erklärt, daß die Abstrempelung schon heute geschehen müsse.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende Hoffmann-Dresden weist auf die Wichtigkeit der gefassten Beschlüsse hin, die hessentlich der Organisation Gewinn bringen würden und bittet dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse auch gehalten würden. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schließt er poann die Tagung.

**Mittheilungen aus der Metall-Industrie.**

**Der russische Finanzminister Witte** hat in der Peterburger Handels- und Industriezeitung einen Artikel veröffentlicht, worin denen, die es angeht, in unabweislicher Weise zu versprechen gegeben wird, daß sich Rußland die beabsichtigten deutschen Zoll erhöhungen auf Getreide etc. nicht ruhig gefallen lassen, sondern daß es Repressalien an der deutschen Industrie, insbesondere an den Syndikaten nehmen werde. Die Situation wird von Industriellen, die nach Rußland exportieren, sehr ernst aufgefaßt. So theilt ein württembergischer Werkzeug- und Feilenfabrikant folgendes mit:

„Ich lasse das russische Absatzgebiet seit etwa 10 Jahren bearbeiten und habe mir im Laufe dieser Jahre einen nicht unbedeutenden Absatz davon erworben. In dem jetzt noch

\* Hierzu ging u. a. folgende Erklärung zu:  
Wir waren, wie ich auch Eingangs meiner Erwiderung auf den Leipziger Antrag in Döbeln erwähnte, die Einzelheiten über den Gang der Auseinandersetzung zwischen dem Vorstand einerseits und Ausschuss und den Mitgliedern in Leipzig andererseits nicht mehr genau im Gedächtnis, und ich gab deshalb gerade die geschichtlichen Daten nicht ohne diesen Vorbehalt wieder. Nachdem ich nun nach Stuttgart zurückgekommen und die Korrespondenzen aus damaliger Zeit einer Durchsicht unterzogen habe, kann ich dem dem Ausschuss gesuchten Vorwurf, daß er, ohne den Vorstand gehört zu haben, seine Entscheidung getroffen habe, nicht aufrecht erhalten. Der Ausschuss hat vor seiner Entscheidung Bericht vom Vorstand eingeholt und erhalten, die Entscheidung der Besizer wurde nicht nur insofern von der bisher üblichen Art ab, als dem Vorstand nicht die einzelnen Besizerpunkte, sondern nur die Thatsache, daß eine Beschwerde gegen ihn vorliegt, vom Ausschuss zur Kenntniß gebracht worden war. Wie der Ausschuss später mittheilte, konnte er dies nicht, da ihm selbst die Beschwerde nur mündlich vorgetragen worden war. Da ich zur Zeit der damaligen Auseinandersetzungen mehrfach auswärts war, und dieselben zum Theil nur aus nachträglichen Mittheilungen kenne, sind derartige Verwechslungen leider nicht ausgeschlossen, besonders bei dem bedeutenden Anfall von Korrespondenzen aller Art, wie er in den letzten Jahren zu verzeichnen ist.

Stuttgart, den 28. Februar 1901.

Alexander Schilde.

bestehenden Handelsvertrag ist auf die Fabrikate meiner Branche, also auf Feilen und Werkzeuge usw., ein Zolltag von 1,65 pro Pud = etwa 23/100 pro 100 Kilo gelegt und wenngleich dieser Satz an und für sich schon ein sehr hoher ist, so ist es bisher möglich gewesen, den Absatz stetig zu vergrößern. Ich selbst liefere etwa für 50,000 bis 60,000 M jährlich nach Rußland, ohne die Posten, die ich an Exporteure verkaufe und von denen ich den Bestimmungs-ort natürlicher Weise nicht genau kenne. Anders Häuser meiner Branche in Westfalen und Rheinland, die sich speziell für das russische Geschäft eingerichtet haben, verkaufen weit größere Mengen nach Rußland und man sieht in den russischen Eisenmagazinen eine Unmenge der verschiedensten Eisen- und Kurzwaaren deutscher Ursprungs. Ein Zollkrieg mit Rußland wäre somit für unsere ganze Industrie ein sehr harter Schlag, in dem nach meiner Ansicht leider Rußland doch schließlich obliegen würde. Die russische Industrie hat sich bereits sehr entwickelt und sie würde durch Zoll erhöhungen natürlich noch mehr gestärkt werden, so daß das mühsam errungene Absatzgebiet in kurzer Zeit wieder verloren gehen würde; außerdem hätte die englische Konkurrenz dann freies Feld. Namentlich gegenwärtig, wo die Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland so sehr darniederliegt, würde ein Zollkrieg mit Rußland ganz unabsehbare Folgen haben und es ist sicher voraus-zusehen, daß dann eine noch größere Anzahl Werke den Betrieb einschränken und Arbeiter entlassen müssen.“

Auch die Schwarzwälder Uhrenindustrie, deren Ausfuhr nach Rußland jährlich auf ca. 3,500,000 Rubel geschätzt wird, würde unter einem Zollkriege sehr zu leiden haben.

Die deutschen Industriellen sind nun rechtzeitig auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden. Hossentlich ermahnen sie sich gleich den Arbeitern und versäumen kein Mittel, um die verderbliche Zollpolitik, die die Reichsregierung den Agrariern zu Liebe befolgen will, zu vereiteln.

**Hoheisen-Abschlässe.** Die Vereinigung der rheinisch-westfälischen Schweizeisenwerke hat nach der „Röln. Ztg.“ mit dem Vothringisch-Lugemburgischen Hoheisen-Syndikat eine Vereinbarung auf folgender Grundlage getroffen: die bisher von den Schweizeisenwerken nicht abgenommenen Hoheisenmengen werden den Werken zu einem um 14 M pro Tonne ermäßigten Preise geliefert, wobei die Werke sich verpflichten, die rückständigen Mengen bis zum 1. Juli d. J. abzunehmen und bis Ende 1903 die bisherigen Absatzmengen zu dem jeweiligen Konkurrenz- und Marktpreise von dem Vothringisch-Lugemburgischen Syndikat zu beziehen. Ein anderer Vorschlag, den Hoheisenpreis auf 55 Fr. zu erniedrigen und auf dieser Grundlage langfristige Abschlässe zu tätigen, fand nicht den Beifall der Vereinigung. — Der Verein deutscher Eisengießereien hat sich an das Düsseldorfische Hoheisen-Syndikat gewandt mit dem Ersuchen, entweder einen Theil der für das Jahr 1901 geschlossenen Mengen Hoheisen gegen eine angemessene Entschädigung zu streichen oder den Preis für die geschlossenen Mengen zu ermäßigen.

**Rückgang der Löhne in der englischen Eisen- und Stahlindustrie.** Während noch im Dezember 1900 eine kleine Steigerung zu verzeichnen war als Abschluß einer Bewegung, die im Laufe des ganzen Jahres für 693,000 Arbeiter eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um wöchentlich 1 sh 4 1/2 d gebracht hatte, erzielten im ersten Monat des neuen Jahres nur 3061 Arbeiter eine wöchentliche Lohnsteigerung von durchschnittlich 1 sh 10 1/4 d; dagegen erlitten 51,631 eine Verringerung von 1 sh 10 1/4 d. Ganz besonders wurde die Eisenindustrie von einem schweren Sinken der Löhne betroffen; nicht weniger als 37,553 Arbeiter der Eisen- und Stahlbranche mußten Reduktionen von mehr als 2 sh pro Kopf und Woche hinnehmen und zwar traten diese Ermäßigungen vornehmlich nach Maßgabe der gleitenden Vorräthe ein.

**Der amerikanische Stahltrast.** Der Riesenrast ist perfekt. Das Kapital beträgt 1100 Millionen Dollars. Der neue Trast vereinigt zwei Gesellschaften, deren größte — die Carnegie-Stahlwerke — allein mit einem Kapital von 320 Millionen Dollars gearbeitet hat. Mit dem Stahltrast steht der Hartfeylentrast in Verbindung, dessen Haupt-Pierpont Morgan, als der eigentliche Vater des neuen Stahltrastes gilt. Morgan kontrolliert nicht nur die Eisenbahnen in Pennsylvania, sondern hat nennentlich auch die New Jersey-Central- und Baltimore-Orie-Eisenbahn aufgekauft und außerdem für 15 Millionen Dollars 75000 Acre West-Virginienland in Pennsylvania erworben. Zum Stahltrast gehören ferner die Frische Coles-Kompagnie und schließlich die unter Leitung des Hils stehenden Eisenbahnen, welche die Hauptwerke des Trastes mit den großen Seen und der Westküste verbinden. Dazu kommt noch, daß mehrere der wichtigsten Gesellschaften, ebenso wie der an der Gründung theilnehmte „Pittsburgh-Magnat“ Rockefeller, im Besitz von Eisenbergwerken sind. Die Eisenbahn einerseits die er Bergwerke, die in jüngster Zeit er erlangt, so der ältesten am Lake Superior gelegenen Jackson-Grube mit 1200 Arbeitern, welche seit ihrer Eröflichung vor zirka 30 Jahren fertig in Betrieb gewesen ist, läßt erkennen, daß die großen Eisen- und Stahlgesellschaften fernerhin nur neue Bergwerke betreiben wollen, die bei den geringsten Kosten die größte Ausbeute liefern, so daß auch nach dieser Richtung die Produktionskosten möglichst reduziert werden. Die Wirkung dieser ungeheuren Kapitalakkumulation auf die Löhne wird sich bald zeigen. Schon jetzt heißt es, daß den Arbeitern der Frische Gesellschaft, deren Löhne seit dem großen Streik faul geblieben sind, eine Lohnreduktion von 15 Prozent in Aussicht steht.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts wird nachstehend aufgeführten Verwaltungsstellen die Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntniß gebracht mit dem Bemerkten, daß die Abgabung der Extrasteuer zur Geltung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Glastrow die Erhebung einer Extrasteuer von 10 Pfg. pro Monat und Mitglied.

Unter Bezugnahme auf die Ankündigungen in früheren Bekanntmachungen bringen wir in Folgendem uns in letzter Zeit mitgetheilte Fehler bei der Mitgliedsabrechnung zur allgemeinen Kenntniß und erjuchen, derartige Vorkommnisse künftighin zu vermeiden.

Der Schlosser Rudolf Hiltanckh aus Zaborze, P.-Nr. 172707, der am 27. Februar 1897 dem Verband beigetreten ist und nach der Dauer seiner Mitgliedschaft im Jahre nicht über 56 M erhalten durfte, erhielt durch Unachtsamkeit des Mitgliedsabrechners

in Stuttgart	am 8. 2. 1901	1 M	
„ Göttingen	„ 10. 2. 1901	2 „	
„ Ulm	„ 13. 2. 1901	3 „	
„ Augsburg	„ 16. 2. 1901	3 „	
		in Summa also	9 M

zu viel an Mitgliedsb.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Ketsa: der Former Paul Hoffmann, geb. zu Göttinger, B.-Nr. 299268, wegen Streikbruchs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Götting, Sektion der Klempner:

der Klempner Paul Raffelt, geb. zu Greiffenberg i. Schl. am 1. September 1877, B.-Nr. 308707, wegen Unterschlagung von Verbandsgebern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Feuerbach: der Feilenhauer Otto Voigt, geboren zu Berlin am 10. November 1857, B.-Nr. 289520, wegen Erbschwindelung von Unterstützungen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg: der Klempner Karl Schauer, geb. zu Rürnberg am 9. Juli 1865, B.-Nr. 58734, wegen unkollegialen Verhaltens;

der Klempner Hermann Bickelmann, geb. zu Cromme am 23. Juni 1867, B.-Nr. ?, wegen unkollegialen Verhaltens.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

**Eusebius Werner, Stuttgart, Hederastraße 160/1,** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld veremahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
**Der Vorstand.**

**Adressenänderungen.**

Als Vorsitzende fungiren in folgenden Wahlabtheilungen:  
44. G. Wärtner, Dortmund, Heroldstraße 23.  
58. E. Wackermann, Hannover, Kornstraße 22,2.

**Korrespondenzen.**

**Former.**

**Halle a. S.** Den bereits drei Wochen ansässigen Formern von Werneburg u. Ko. war am 28. Februar vom Vorsitzenden des Halle'schen Metallindustriellen-Verbandes, Herrn Direktor Kiedel, folgendes Satz in zugegangen: „Wenn es Ihre Zeit erlaubt Freitag, den 1. März, Mittags 12 Uhr, zu mir ins Bureau der Halle'schen Maschinenfabrik und Eisengießerei zu kommen, so würde mir Ihr Besuch sehr angenehm sein.“ Zu einer Vertretungsmannschaft wurde hierauf eine Kommission der Halle'schen und Kollege Kämpe als Vertreter der Organisation ernannt, dieser Einladung zu folgen. In dieser Besprechung wurde vom Herrn Direktor Kiedel folgende Mittheilungen gemacht: Herr Werneburg habe vom Industriellen-Verband, dessen Mitgliedschaft er ist, verlangt, daß sie bei dem ausstehenden Former auf die schwarze Liste gesetzt würden. Herr Kiedel habe ihm jedoch gesagt, daß man deshalb, weil die Former die Affordabilität bezeugen hätten, diese nicht ausstreichern könne. Was man von Industriellen-Verband aber nicht gestatten würde, war das Postuliren und Anzerte sich hierzu der Herr Direktor Kiedel folgendermaßen: „Wenn man aber von Ihrer Organisation oder von anderer Seite etwas ausgeht werden, die unsere Interessen betreffen, so sind wir dann wohl der Industriellen-Verband zu fragen, dann wird sich der Industriellen-Verband nicht so verhalten, wie er sich für ganz selbstverständlich ansieht und nicht nur für die Dauer des Streites in Werneburg, sondern auch noch eine gewisse Zeit nachher.“ Also, die Arbeit niederlegen, das gestattet man nicht, aber Posten stellen, das muß bestraft werden. Nun, die Former sahen sich dadurch nicht als Postulanten an, sie wollten nicht, daß die Former die schwarze Liste erhalten, sie wollten nicht, daß sie nicht zu sich eingeladen hätte. Dann es mag sein, was man will, es ist das erste Mal, daß von Seiten des Industriellen-Verbandes Arbeiter zu einer Vertretung eingeladen waren, was man wohl als güniges Omen betrachten kann.

**Martinlamitz.** Durch die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse aufgemunter, haben sich die hiesigen Former entschlossen, eine Verwaltungsstelle des D. M. V. zu gründen, der 14 Mitglieder angehören. Vorsitzender ist Former Johann Lang, Kassier Former Albrecht Gartner. Wenn die hiesigen Former ihre Organisation aufrecht erhalten, so werden sie auch die Lohnreduzierungen sowie sonstige Uebelstände, die sie zum Betrage zum Verband veranlassen, mit der Zeit ausmerzen.

**Klempner.**

**Leipzig.** Eine öffentliche Klempnerversammlung tagte am Dienstag, den 19. Februar im Coburger Hof. Gewisse

Neusch referierte über: Der Staat ohne Rente. Das von einem Dr. Goldstein geschriebene Büchlein sei nur darauf berechnet, die Arbeiter von ihren Organisationen fernzuhalten, damit sie Klärung und Bildung nicht finden. Sind sie organisiert, bilden sie eine Macht, und um diese zu zerstören, hat Dr. Goldstein die Broschüre geschrieben. Er hat darin Rathschläge gegeben, die nichtig und undurchführbar sind. Wenn er den Arbeitern empfiehlt, ihre Groschen, die sie an ihre Organisationen und die Partei wenden, zu sparen, aber nicht die Summen erwähnt, die jeder Arbeiter für Krieg, Fülle, Kolonialpolitik zu hergeben muß, so verrät er sofort seine Absicht, daß er den Arbeitern nicht helfen, sondern für den Kapitalismus ausbeutungsfähiger machen will. Kein denkender Arbeiter wird sich durch ihn irreführen lassen. Mit amtlichem statistischen Zahlenmaterial weist der Referent noch nach, wie hoch die Gehälter vieler Beamten und wie gering die Löhne der Arbeiter sind. Auch die Meister der Kleinwerkstätten haben hohen Einkommen, aber die Gehilfen erhalten kaum das Nötigste und können es nur erreichen, wenn sie sich immer fester organisieren. Referent schließt seinen mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Aufforderung zur Agitation für den Verband. — Hierauf wurde nach lebhafter Diskussion folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die am 19. Februar im Coburger Hof tagende öffentliche Kleinwerkstättenversammlung beauftragt den Gesellenausschuß, auf Grund der im vorigen Jahre gestellten Forderungen, mit der Forderung in Verhandlung zu treten.“

**Metall-Arbeiter.**

**Arlos (Schweden).** Seit dem 8. Dezember v. J. sind in der Eisenbahn- und Wagenfabrik in Arlos bei Kalmö (Schweden) 147 Eisenarbeiter ausgesperrt. Wie uns berichtet wird, entzündet jetzt die Firma Köffel den Ingenieur Ohlsson nach Deutschland, um Streikbrecher anzuwerben. Die deutschen Metallarbeiter werden es als ihre Pflicht halten, diesen Werbungen kein Gehör zu schenken.

**Jugaburg.** Am 23. Februar fand im „Blauen Boot“ eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt, in der der Kollege Bernthaler einen Vortrag hielt über eine im Deutschen Metallarbeiter-Verband einzuführende Krankenunterstützung. Hieran verweist auf einen in Nr. 41 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung vom v. J. erschienenen Artikel, in dem dieser Unterstützungsgegenstand eingehend behandelt worden ist und führt an, daß diejenigen Gewerkschaften, die ein ausgebautes Unterstützungsweesen haben, an ihrem Kampfescharakter durchaus nichts eingebüßt hätten. Wenn wir eine Mitgliederzahl erreichen wollen, mit der wir dem Unternehmertum imponieren können, müssen wir Mittel und Wege suchen, die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen, und was die Hauptsache ist: die gewonnenen Kollegen dem Verbande auch zu erhalten. Und das können wir nur durch ein ausgebautes Unterstützungsweesen. Denn es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn z. B. im Jahre 1897 45255 Mitglieder ein- und 41644 Mitglieder ausgetreten sind, im Jahre 1898 sind die Zahlen 52341 und 36.500, 1899 62182 und 52550 Mitglieder. Wie weit ist es aber möglich mit 30 J Wochenbeitrag neben der Arbeitslosenunterstützung noch die Krankenunterstützung einzuführen, ohne daß die Ausgaben für die Agitation und Streiks darunter leiden werden? Die Unterstützung deckt sich der Artikelshreiber so, daß nach dreijähriger Krankzeit 6 Mk. pro Woche bis zur 8. Woche bei einer Woche Wartezeit in einem Jahre bezahlt werden. Nach den aufgestellten Berechnungen kämen hier 14 Prozent von 100000 = 14000 Mitglieder, die im Jahre zu unterstützen wären, in Betracht. Um die Krankheitslage festzustellen, hat derselbe die Abrechnung der Metallarbeiter-Krankenkasse von 1899 zur Hilfe genommen und ausgerechnet, daß auf ein Mitglied pro Jahr 6 1/2 Krankheitsstage kommen, auf die 14000 Metallarbeiter umgerechnet: 6,50 Mk. x 14000 = 91000 Mk. Gesamtunterstützung pro Jahr. Mit dieser Unterstützung wird selbstverständlich die Finanzierung nachlässig und der Mitgliederstand stetig. Aber selbst bei einer Unterstützungsgröße von 30000 Mitgliedern macht die Jahresausgabe erst 195000 Mk., die wir heute sogar, ohne den Beitrag für männliche Mitglieder zu erhöhen (den der weiblichen nur um 5 Pfg.), in der Lage wären, zu erbringen. Die Holzarbeiter leisten pro Jahr und Mitglied 45 Beiträge; es fehlt bei uns bloß ein bißchen mehr Disziplin und prompte Beitragszahlung. Heute dürfen wir nicht mehr wie 40 Beiträge pro Jahr und Mitglied rechnen, was einen Anfall gegen jene um 5 x 30 x 140000 = 150000 Mk. ausmacht. Damit wäre nach dem ersten Unterstützungsplan sogar jetzt 39000 Mk. Uebertragung, nach dem anderen 45000 Mk. Defizit vorhanden. Die weiblichen Beiträge machen 5 x 40 x 2500 = 50000 Mk., verbleiben also noch 40000 Mk. Defizit, das aber reichlich durch den Ueberfluß aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeglichen wird. Dies beweisen die Abrechnungen der gewogen und kleinen Zehlfelder. 3. S. habe Berlin im 3. Quartal 1900 19775 Mitglieder, die 10 Beiträge pro Kopf und Quartal leisteten, somit für die Arbeitslosenunterstützung eine Einnahme von 19775 x 10 x 10 Pfg. = 197750 Mk., denen zur Ausgabe von 4517,88 Mk. gegenübersteht. Im 4. Quartal rechnen wir, sei die Einnahme dieselbe, die Ausgabe doppelt, dann würde nach ein Ueberfluß von rund 9000 Mk. bleiben, macht im Jahre 36000 Mk. bei gleicher oder ähnlicher Arbeitslosigkeit wie jetzt. Wir sehen also, daß die fehlenden 40000 Mk. Berlin fast allein trägt, so daß die Erhöhung des Beitrages der weiblichen Mitglieder gar nicht notwendig wäre. Ein weiteres Beispiel: Breslau hat im 3. Quartal 1900 13020 Beiträge erhalten, somit 13020 x 10 = 130200 Mk. für Arbeitslosenunterstützung eingenommen und nur 106 Mk. Ausgabe hierfür, macht im Jahr rund 4500 Mk. Ueberfluß. Gesamt für a. M. hat im 3. Quartal 17140 Marka verkehrt, somit für Arbeitslosenunterstützung 1714 Mk. eingenommen, denen ebenfalls nur 115,17 Mk. gegenübersteht, jedoch 5600 Mk. pro Jahr Ueberfluß. In Jugaburg selbst haben wir im letzten Jahre 12520 Beiträge à 30 Pfg. und 183 Marka à 10 Pfg. verkehrt, jedoch für die Arbeitslosenunterstützung 12020 x 10 = 120200 Mk. und 782 x 5 = 3910 Mk., zusammen 128110 Mk., denen eine Gesamtunterstützung von 188 Mk. gegenübersteht, somit bleiben 1133,15 Mk. zur Krankenunterstützung, was dieselbe sicherlich nicht gekostet hätte. — Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde Kollege Bernthaler als Delegierter zur General-Versammlung gewählt.

**Breslau.** In unserem letzten Berichte über die Maschinenbauanstalt Breslau heißt es: die Former müssten Lage lang aussetzen, dieses ist nach den Erklärungen der dort beschäftigten Former bisher noch nicht der Fall gewesen.

**Jugaburg.** Am 24. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn G. Steinhäuser. Es wurde Stellung genommen zu der am 10. März in Dortmund stattfindenden Konferenz. Zu Punkt: Anstellung besoldeter Vertrauensmänner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 24. Februar im Lokale des Herrn G. Steinhäuser tagende Mitgliederversammlung des D. M. A., Zahlstelle Gilsbe, ist der Meinung, daß jetzt in der Krise gar keine Veranlassung vorhanden sei, besoldete Vertrauensmänner anzustellen. Die Versammlung ist der Meinung, daß das jetzige bestehende Vertrauensmännersystem für Weisfallen vollständig genügt und empfiehlt dieses System für jede andere Provinz. Zum Punkt Krankenzuschuß wurde unser Delegierter angewiesen, dagegen zu stimmen. Die Mitglieder sind der Meinung, in Deutschland wären genug freie Hilfskassen vorhanden, wo sich die Mitglieder versichern könnten. Als Delegierter wurde Kollege Ernst Rathhagen gewählt.

**Kiel.** Auf die vielfachen Ersuchen der Arbeiter auf der kaiserlichen Werft um Erhöhung ihrer Löhne ist ihnen jetzt durch Anschlag bekannt gegeben, daß eine allgemeine Lohnerhöhung abgelehnt wird. In der Begründung heißt es u. A.: „Die Lebensmittel, sowie die Bekleidungs- und Hausstandsgegenstände sind im Allgemeinen nicht theurer geworden, nur die Wohnungsmieten in Kiel und Umgegend haben thatsächlich eine, hoffentlich aber nur vorübergehende, Steigerung erfahren, auch sind im vorigen Herbst für Kohlen außerordentlich hohe Preise gezahlt worden. In Berücksichtigung aller Verhältnisse ist für das nächste Rechnungsjahr die Erhöhung der Arbeitslöhne einiger Arbeiterkategorien in Aussicht genommen. Es ist hierbei vorzugsweise aber nur an diejenigen Arbeiter gedacht worden, deren Stundenlohn 3 Mk. und weniger beträgt und welche bei Akkordarbeiten wenig oder gar nicht beteiligt sind.“ Die Annahme, daß die Lebensmittelpreise sowie andere notwendige Verbrauchartikel nicht im Preis höher gestiegen sind, steht doch mit den Thatsachen auf sehr gespanntem Fuße und sollte selbst der Werftdirektion bekannt sein. Daß die Wohnungsmieten herabgehen, ist eine Annahme, die durch nichts begründet wird, und ob die Preise für Kohlen niedriger werden, erscheint sehr fraglich. Solche Argumente sollten in einer ernstlichen Begründung für die Maßnahmen der Direktion überhaupt nicht Anwendung finden; es läßt sich nur annehmen, daß andere nicht geltend gemacht werden konnten, und damit richtet sich der Bescheid von selbst.

**Höln-Voll.** In der am 24. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Müller-Höln einen Vortrag über die Entwicklung der Gewerkschaften, der mit Beifall aufgenommen wurde und die allseitige Zustimmung der folgenden Redner fand. Zur Konferenz in Düsseldorf wurde Mürtens als Delegierter gewählt. Einen seit längerer Zeit arbeitslosen Kollegen wurde der Betrag von 2,30 Mark überwiehen. Der Vorsitzende macht noch bekannt, daß in der nächsten Versammlung die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung stattfindet, aufgestellt hierzu seien Kollege Giesjen (Allgemeine) und Kollege Müller (Sektion der Kleinwerkstätten).

**Münsterberg.** Aus dem Jahresbericht 1900 der Allgem. Verwaltungsstelle ist hervorzuheben: Die Agitation war eine sehr lebhaft. In zwei Fällen mußte wegen Forderung der neunstündigen Arbeitszeit in einen Kampf mit den Unternehmern eingetreten werden. In 4 Fällen gelang es, die ausgetretenen Differenzen durch Bergleichsverhandlung zu erledigen. Der eine Streik, an dem sich 120 Schlosser und Dreher beteiligten, ging nach zehnwöchentlichem Kampfe verloren. Derselbe kostete dem Verband 13069,94 Mk. und der Lokalverwaltung 7984 Mk. Beim zweiten Streik, an dem sich 62 Metallschläger und Anlegerinnen beteiligten, wurden sämtliche Forderungen nach sechswochenlicher Kampfe bewilligt. Er kostete dem Verband 3218,50 Mk. und der Lokalverwaltung 566 Mark. Eine Reformierung des Vertrauensmännersystems hat sich gut bewährt. Der Zugang an Mitgli. dem betrug 2228, hiervon 1600 Renaufnahmen; der Abgang 1655, hiervon 867 abgereist. Die Zunahme beträgt somit 573 Mitglieder. Im 4. Quartal sind in Folge der ungünstigen Geschäftslage und des verlorenen Streiks allein 618 Abgänge zu verzeichnen, ungefähr die Hälfte davon ist abgereist. Die Einnahmen betragen 41933,75 Mk., die Ausgaben 39229,50 Mk. für Rechtschutz 184,02 Mk., Streifenunterstützung 16228,24 Mk., Unterützung nach § 2c 1176 Mk., Ortsunterstützung 1875,18 Mk., an die Hauptstelle ergegangen 11300 Mk., Reisegehalt 507 Mk., die Lokalstelle weiß in Einnahmen und Ausgaben 17050 Mk. auf. Aus diesen Ausgaben ist zu erwähnen: Für Unterützung an nicht bezugsberechtigte Verbandsmitglieder bei Streiks 8540 Mk., an das Arbeitersekretariat 2464 Mk., für Unterützung an andere Gewerkschaften 1550 Mark. Am Schlusse des Berichtes heißt es: „In dem kommenden Jahr darf weder Mühe noch Opfer gescheut werden, an dem Ausbau unserer Verwaltungsstelle zu arbeiten. Umso mehr erwünscht uns die Pflicht, da wir mitten in einer Krisis sind, die von dem Unternehmern zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse benutzt wird. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß wir in der nächsten Zeit Kämpfe zu führen haben, die eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse verhindern. Deshalb ist es Aufgabe eines jeden Kollegen, neue Kämpfer zu werben, damit wir auch in der Lage sind die aus anferlegten Kämpfe mit Erfolg durchzuführen zu können.“

**Salzotten.** Seit einiger Zeit befindet sich hier eine Fabrik für explosionsfähige Gesäße. In dieser Fabrik versucht man die geleerten Arbeiter durch billige, ungelernete Arbeitskräfte zu ersetzen und sucht darum zunächst die organisierten Arbeiter zu verdrängen. Die Behandlung in genannter Fabrik läßt viel zu wünschen übrig; besonders Ermahnliches leidet darin der „ungenant“ dieser Firma, der die Arbeiter mit allen möglichen mancherlei Bezeichnungen belegt. Vor einigen Tagen wurde vier organisierten Kleinwerkstättenmitgliedern, da keine Arbeit vorhanden sei, doch ein Stelle man gleich darauf wieder Kleinwerkstätten ein; folglich kann der Firma nur daran gelegen haben, die organisierten Kollegen zu entfernen. Die Forderung ist sehr geringe, das Hauptzinsen wird mit 25 Pfg. bezahlt. Den Arbeiternauschlag

wählt sich die Firma nach Belieben selbst. Man kann sich denken, daß die Firma nur solche Arbeiter auswählt, die nicht den Muth haben für die Rechte der Arbeiter einzutreten. Trotzdem die einheimischen Arbeiter selbst der schlechtesten Behandlung ausgesetzt sind, ist es ihnen bis jetzt noch nicht eingefallen der Organisation beizutreten. Wir ersuchen sämtliche Arbeiter dieser Firma, sich zu organisieren und nicht die Faust in der Tasche zu halten. Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen aber eine Macht und wir können dem jetzigen Gebahren des Ingenieurs entgegenreten. Darum tritt Mann für Mann dem D. M. A. bei.

**Strasbourg.** Seit geraumer Zeit wird von der Verwaltung der hiesigen kaiserlichen Artilleriewerkstatt Arbeit an hiesige Schlossermeister abgegeben. Aus welchem Grunde ist uns nicht bekannt. Ob die Arbeit besser und billiger ausgeführt wird oder ob die Arbeiterwerkstatt mit Arbeiten überhäuft ist, wissen wir nicht. Dies zu wissen wäre auch nicht so wichtig, wenn die Sache nicht Schattenseiten hätte. So wird erstens die Arbeit den betreffenden Meistern in Akkord gegeben; diese geben die Arbeit wieder an gewisse Arbeiter weiter, welche dieselbe dann mit Dritten herstellen. Es kommen hierbei Werkstätten, wie Baummeister, Romader, Rothermel, Schollenbach und noch Andere in Betracht. In diesen Werkstätten arbeiten Abends und Sonntags nun Arbeiter, die tagsüber in der Artillerie-Werkstatt beschäftigt sind. Es sollen ausschließlich sog. Kolonnenführer sein, das heißt diejenigen, die das ganze Jahr schon den Vöronanttheil des Verdienstes unter den Arbeitern der Artilleriewerkstätte in den Sack stecken. Wenn man bedenkt, daß solche Arbeiter, die jahraus, jahrein in sicheren, geordneten Lohnverhältnissen stehen und nebenbei anderen Arbeitern in solchen Zeiten, wo zahlreiche Arbeitslose auf der Straße liegen, die Arbeit vor der Nase wegschnappen, so ist für solches Verhalten eine passende Bezeichnung nicht zu finden. Wir glauben, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um Remedur zu schaffen. Noch Eines wollen wir anführen. Jede Arbeit, die außerhalb der Artilleriewerkstätte gemacht ist, wird bei Ablieferung in die Artilleriewerkstatt von Revisoren geprüft. Eben solche Revisoren befinden, die dann ja ihre eigene Arbeit revidieren. Das liege tief blicken.

**Suhl.** (Ein moderner Gelehrter.) In der hochschönen Fabrik herrschen Zustände, die schon längst das Eingreifen des Gewerbeinspectors notwendig gemacht hätten. U. A. ist der Fußboden so schlecht, daß die Arbeiter Gefahr laufen durchzudrücken. Aus den unter dem Arbeitsjaal gelegenen Boden dringt der Rauch nach oben, so daß die Arbeiter manchmal zu erkranken fürchten müssen, wenn sie nicht vorziehen, Thüre und Fenster trotz der jetzigen Kälte aufzureißen. In der That sind auch drei Mann erkrankt, die ihre Krankheit dieser offenbar ungesunden Zustände zuschreiben. Im Winter läßt Herr Koch 10 Stunden arbeiten und bezahlt Stundenlohn. Im Sommer müssen seine Leute 11 Stunden arbeiten ohne auch nur einen Pfennig mehr zu erhalten. Selbst Ueberstunden und vereinbarte Akkordsätze werden in vielen Fällen nicht ausbezahlt, dagegen wird jede halbe Stunde, die die Arbeiter zu spät kommen oder sonst außerhalb der Fabrik zu thun haben, abgezogen. Diese Zustände haben sich so zuspitzt, daß sie jetzt durch einen an sich recht lächerlichen Vorfall zum offenen Bruch zwischen Herrn K. und seinen Arbeitern führten. Hatte da Herr Koch einen alten Hut in der Werkstatt hängen, den er ab und zu aufsetzte. Es kam aber häufig vor, daß der Hut herunter fiel und dann so lange an der Erde lag, bis ihn ein Arbeiter wieder an seinen Platz brachte. Ein Arbeiter erlaubte sich nun eines Abends den Spaß, den Hut an einen Haken zu hängen, wo bereits der Hut eines anderen Kollegen hängt, der nach Feierabend den falschen Hut ersetzte, ihn aber, als er seinen Berthum erkannte, an die Erde warf. Der Hut hat bei dieser Gelegenheit einen Riß bekommen. Diesen fürchterlichen Vorfall benutzte nun der Herr Chef dazu, den Arbeitern einen Lohnabzug zuzumuthen. Er läßt durch Anschlag Folgendes bekannt geben:

„Am den dummen Jungenstreichen, die soweit gehen, daß selbst meine Sachen ungewillig und in der rohesten Weise beschädigt werden, gebührend entgegenzutreten, mache ich hiermit bekannt, daß Jeder einen wesentlichen Abzug von 50 Pfg. so lange erfährt, bis derjenige bekannt gegeben ist, der meinen in der Werkstatt aufgehängten Hut beschädigt hat. Für Vorklinge beträgt der Abzug 25 Pfennig. Für die im Abzug gebrachten Gelder bezahle ich mit freier Verfügungsvor.“

Suhl, den 15. Februar 1901. B. Koch.

Durch das rigoreuse Vorgehen des Herrn K. erbittert, nagelte nun ein Arbeiter den Hut auf den Erlass. Mit dem Lohnabzug nicht einverstanden, gingen ferner 2 Mann zu Herrn K., um mit ihm zu unterhandeln, wurden aber sofort entlassen. Als am Montag früh alles wie gewöhnlich zur Arbeit gehen wollte, wurde die Werkstatt vor den Arbeitern verschlossen gehalten. Herr K. erklärte, nicht eher wieder arbeiten lassen zu wollen, bis derjenige bekannt wäre, der den Hut angenagelt habe. Alle weiteren, mit Herrn K. gepflogenen Unterhandlungen sowohl seitens der Arbeiter, als auch seitens des Vorsitzenden der Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Kartellvorsitzenden blieben erfolglos. Die Arbeiter beschloßen darauf einstimmig, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis sich Herr K. bereit erklärt, jede verjammte Zeit zu vergüten und Maßregeln zu unterlassen. Die im Ausstand stehenden vierzehn Kollegen, Schlosser, Maschinenarbeiter und Modellisthler, sind alle organisiert. Hoffentlich beachten alle auswärtigen Kollegen diese Anweisung, die von Herrn Koch aus wahrhaft großer, welterschütternden Ursachen vorgenommen wurde. Oder sollten die Ursachen die Lohnabzug andere sein? — Am Sonntag, den 24. Februar tagte eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter von Suhl, in der Kollege Weber-Jena über die Streiks im Allgemeinen und daran knüpfend, über die Ausperrung in der hiesigen Maschinenbauanstalt von B. Koch referierte. In ausführlicher Rede wies Kollege Weber darauf hin, daß Herr Koch noch recht unerfahren und die Verhältnisse genannter Werkstätte so traurige wären, daß sie wohl kaum irgendgleichem finden. In der Diskussion äußerten sich die Redner dahin, daß man sich solidarisch mit den ausgesperrten erkläre. Kollege Vohlfink bekräftigte das Gebahren des Herrn Koch noch im Allgemeinen

fest und legte darauf folgende Resolution der Versammlung vor, die angenommen wurde: Die Metallarbeiter von Gießereien in dem Bezirke des Herrn Koch eine derartige Ungerechtigkeiten, die sie sich selbst durch den Ausschluss erklären, dieselben in jeder Art und Weise unterstützen und vorläufig nicht bei Arbeit treten.

**Entlohnung.** „Musterlohnverträge“ pflegen meist die Leute zu sein, die früher selbst Arbeiter waren. Gerade diese sind es, die die Klagen der Arbeiter über die niedrigen Löhne am wenigsten beachten. Die hier Instrumentenmacher kommen durchschnittlich nicht über einen Tagesverdienst von 3 Mk pro Tag, dabei muß noch außerhalb der Fabrik gearbeitet werden. Wohnungen, die vor 10 Jahren um 150-180 Mk zu haben waren, müssen heute mit 180 bis 220 Mk bezahlt werden. Die heutigen Mietkosten wären vor 10-15 Jahren leichter bezahlt worden, wurden doch damals noch 30-100 Mk in 14 Tagen verdient, während jetzt in diesem Zeitraum der Verdienst sich auf 13,25 bis 40 Mk beläuft. Verschuldet sind diese Zustände in erster Reihe von den Arbeitern selbst, der Arbeitgeber wollte von der Organisation nichts wissen. „Ja das's nicht möglich“, war eine oft zu hörende Redensart, wurde von dem D. M. S. gesprochen. Jetzt, da immerfort Abfordrungen vorgenommen werden — bei diesen „Regulierungen“ handelt es sich immer um Abzüge — wird die ehemalige Indifferenz zwar bedauert, doch hört man nicht gerne davon reden. Kollegen, verhindert, daß unsere Löhne noch mehr gedrückt werden, Ihr könnt das, wenn alle sich dem Verband anschließen.

**Schmiede.**

**Hörnberg.** Auf die persönlichen Anpassungen des Kollegen Geyer, Frankfurt a. M. in Nr. 8 des „Arbeiter-Schmied“ eingegangen, habe ich keine Ursache, es wäre Zeit- und Klammerspendung. Lieber die Abschneidung, die G. später mit mir halten will, werden sich auch die Leser des „Arbeiter-Schmied“ ihren Teil denken, müßiger wäre es gewesen, G. hätte das sofort gethan.

Kont. Brunner-Hörnberg.

**Feilenhauer.**

**Augsburg.** Von dem Feilenhauer Paul Bollad erhalten wir die Erklärung bezgl. der auf ihn sich beziehenden Note unter der Signatur Augsburg in Nr. 7 unseres Organs, daß er zwar einen Fehler begangen habe, doch dazu gereizt worden sei. Ferner ist er der Ansicht, daß die Arbeiterschaft dem Verband mehr schaden als nützen. Wir wollen dem Kollegen Bollad doch den Rat geben, sich in Zukunft an die bestehenden Arbeiterschaft und die Beschlüsse der Verbandskollegen zu halten, will er das nicht, kann ihr anstandslos den Verband genügend Platz.

**Sträßburg.** In der hiesigen Werkzeugfabrik Brünberg wurde den Feilenhauern eine Lohn- resp. Abfordrungsaktion von 10 Prozent angekündigt mit dem Bemerkung: „Wenn es nicht paßt, kann gegen.“ In Folge dessen haben sämtliche Hand- wie Maschinenhauer die Kündigung eingereicht.

**Undschau.**

**Ueber soziale Reformen** ließ sich, anlässlich eines am 24. Februar im 12. Pariser Arrondissement stattgefundenen Banketts, das zur Erinnerung an die Februarrevolution gegeben wurde, der französische Handelsminister Millerand aus. U. A. sagte er:

„Es ist von äußerster Wichtigkeit, dem Arbeiter die menschlichsten Bedingungen für seine Existenz zu sichern,“ erklärte er, sei es in der Weise, daß der Staat unter Umständen und in den Grenzen eintritt, in denen es ihm möglich ist und in denen er das Recht hat, dies zu thun, sei es, daß er sich darauf beschränkt, den Arbeitern die Mittel zu sichern, sich zu verteidigen, organisieren und so selbst ihre Lage verbessern zu können. Von diesem Gesichtspunkt, habe ich die Dekrete vom 10. August 1899 über die Arbeitsbedingungen erlassen, durch die der Staat, die Departements und die Gemeinden ihren Lieferanten den Zwang auferlegen, den Arbeitern, die sie beschäftigen, eine besondere Behandlung zu sichern. Ferner habe ich als Minister der Arbeit in diesem Zusammenhang auf acht Stunden nach einer einjährigen Erfahrung vermindert und den Minimumlohn in Paris auf 5 Francs festgesetzt. Bezüglich der allgemeinen Arbeitsverhältnisse habe ich das Dekret des Jahres 1900 erlassen, das vom nächsten Jahr an den Arbeitstag für alle Männer, Frauen ausser in Fabriken mit gemeinsamer Werkstatt auf 10 1/2, und im Jahre 1902 auf 10 Stunden herabzusetzen. Ich habe die Arbeiter so wenig, als es nur möglich ist, mit der Arbeitsinspektion in Verbindung gesetzt, ohne die die Arbeitsinspektion nur leere Schemata sein würden. Ferner habe ich die Syndikate berufen, direkt einige Vertreter in den Betriebsräten zu entsenden und überall, wo das notwendig erscheint, Arbeitstische zu wählen, die die autoritative Vertretung der beiden geogen Faktoren der nationalen Produktion bilden werden. ... Zusammenfassung hoffe ich, im Einklang mit dem sachlichen und menschlichen Interesse und Dank dem schätzbarsten und ergebendsten Beschlusse meines Kollegen, des Staatsministers den Antrag über die Alterspension durchzuführen, der dem Arbeiter, der am Ende seiner Laufbahn angelangt ist, das Stad Brot wehrt, das ihm die Gesellschaft schuldet.“

**Eisenbahnfahrpreis-Ermäßigung für Arbeitstuhende in Bayern.** Der Bayerische Eisenbahndirektor hat am 29. Januar 1901 über Vorschlag der Staats-Eisenbahndirektion zu dem Zweck, die Einführung einer Fahrpreisermäßigung für diejenigen Personen, welchen durch öffentliche Arbeitsämter eine auswärtige Arbeitsgelegenheit verschafft worden ist. In jedem Falle soll wie bei den württembergischen Staats-Eisenbahnen die halbe einfache Fahrkarte in der dritten Wagenklasse für Reisen auf Strecken von mindestens 25 Kilometer gegen Vorlage eines vom Arbeitsamte auszufertigenden Bescheides gewährt werden. Der Eisenbahndirektor sprach sich einmütig für die Einführung dieser Ermäßigung aus, da sie gleichmäßig im Interesse der Arbeiter wie der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeit-

geber gelegen sei und die dankenswerthe Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsämter fördere.

**Zur Frage der kaufmännischen Gewerbegerichtsbarkeit** hat das kgl. Gewerbegericht Solingen und das Gewerbegericht Frankfurt a. M. am 14. März Stellung genommen und zwar in Form eines „Antrages“ an den Reichskanzler auf Grund des § 70 des Gewerbegerichts-Gesetzes. Beide sind, wie wir der Monatschrift „Das Gewerbegericht“ entnehmen, zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angliederung an die Amtsgerichte, wie sie der Antrag Bassermann im Reichstage vorschlägt, zu verwerfen und nur der Anschließung an die Gewerbegerichte zu empfehlen sei. Es steht dem nichts im Wege, daß bei diesen besondere kaufmännische Kammern gebildet werden.

**Eine interessante Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse** in der Metallindustrie in Gemarkung für das 4. Quartal 1900 wird von der „Eisenzeitung“ veröffentlicht. Von 1724 ausgegebenen Fragebogen gingen 922 beantwortet ein, deren jeder sich auf einen Arbeiter bezog. Es befanden sich unter den 922 Arbeitern 159 unter 20 Jahren alte, 474 im Alter von 20-30 Jahren, 199 im Alter von 30-40 Jahren und nur 90 ältere. Verheiratet waren 575; sie hatten 884 Kinder. Arbeitslos waren 99 zusammen 2595 Tage. 355 arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit. Die Verkürzung betrug im Durchschnitt 6,41 Stunden pro Woche. Lohnföhrungen im Stundenlohn erfahren 20 Personen und Lohnföhrungen im Akkord 101 Personen. Trotzdem mußten 105 Mann zusammen pro Woche 488 Ueberstunden machen. Es hatten also von den 922 Mann nur 383 normale Arbeitszeit, mehr als die Hälfte mußten ganz oder teilweise feiern, und 105, also immer noch der fünfte Teil der an der Arbeit Behinderten, mußten über die normale Zeit arbeiten. Das Ganze nennt man göttliche Weltordnung.

**Der Verband deutscher Berg- und Hüttenleute** hält seine diesjährige Generalversammlung am 28. und 29. Mai in Kassel im Restaurant zum „Bunten Boot“, Müncheberger Straße, ab. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Wahl des Bureau und der Kommissionen; 2. Bericht des Vorstandes über die Entwicklung der Organisation und ihre Kassenverhältnisse; 3. Bericht des Kontrollausschusses; 4. Beratung des revidierten Statuts; 5. Erledigung sonstiger auf das Verbandswesen bezüglicher Anträge; 6. Die angelagerte Lage der deutschen Berg- und Hüttenleute und was geschah im vergangenen Jahre zu ihrer Verbesserung? 7. Beratung eingegangener sozialpolitischer Anträge und Resolutionen; 8. Neuwahl des Vorstandes und Bestimmung des Ortes der nächsten Generalversammlung.

**Mit der Erwerbung eines Gewerkschaftshauses** seitens der vereinigten Gewerkschaften in Solingen, die wir in Nr. 3 meldeten, ist es nicht geworden. Die jetzigen Besitzer des Kaiserlaales verlangten außer der vorausbezahlenden Jahresmiete von 9000 Mk auch noch eine Kaution von 30.000 Mk oder solvante Bürgen. Es scheinen da gewisse Einflüsse geltend gemacht worden zu sein.

**Neue Vertreter der Arbeiterinteressen** waren von jeder der vier hiesigen Gewerkschaften; anlässlich der bevorstehenden Gewerbegerichtsahlen erhielt unser Bevollmächtigter in Rücksicht von dem Vorstehenden des „Gewerkschaftsvereins der Arbeiter“ daselbst folgendes, für die Bestimmungslösung dieser Leute gerade zu klassisches Zeugnis abiegendes Schriftstück.

„Laut Bekanntmachung findet am 12. Januar die Wahl der Mitglieder zum Gewerbegericht statt. Wir haben beschlossen, und diesmal aktiv an der Wahl zu betheiligen und sind mit unseren 120 Mitgliedern zu dem Beschlusse gekommen, mit Ihrer Organisation gemeinschaftlich in die Wahl einzutreten, wenn Sie uns einen Sitz im Gewerbegericht einräumen. Im Falle Sie auf unseren Vorschlag eingehen, möchten wir uns eine Sitzung bitten, wo wir das Nähere besprechen. Sollten wir aber eine ablehnende Antwort bekommen, so sehen wir uns veranlaßt mit den katholischen und den evangelischen Arbeitervereinen ein Kompromiss zu schließen und als Ihre Gegner (wer laßt da) aufzutreten, was im Interesse der Arbeiterschaft sehr zu bedauern wäre. Sie haben uns in der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am 19. August in Mienighausen versprochen, mit uns Hand in Hand gehen, zeigen Sie nun, daß Ihnen das ernstgemeinte Sache war. Bitte gefälligen Antwort, wenn möglich bis zur nächsten Woche, der vorgerückten Zeit halber entgegen sendend, gezeichnet

Mit kollegialem Gruß

G. Grunpe, Vorgesender der Klempner u. Metallarbeiter, Hagenfeld, den 12. Dezember 1900.

Mit Verneuen denen es gleich ist, ob sie mit den rüchständigsten Elementen der Arbeiterbewegung oder unseren sovielen ein Bündnis schließen, was wirklich nicht angebracht ein Kompromiss zu schließen. Das arbeiterfeindliche Kompromiss mit dem katholischen und evangelischen Arbeiterverein kann denn scheint auch zustande; die Arbeiterfeinde brachten 107 Stimmen auf, während die Kandidaten der Gewerkschaften mit großer Majorität gewählt wurden.

**Minister und Arbeitervertreter in England.** während in Deutschland der Empfang von Delegierten der organisierten Arbeiter an amtlichen Stellen ein sehr seltener Vorgang ist, gewöhren englische Minister den Arbeitervertretern gern und oft Zutritt. So haben am 14. Februar gleich vier Minister Deputationen der Gewerkschaften empfangen, die ihnen Resolutionen ihres letzten Kongresses in Gundersfeld vortrugen. Der Handelsminister nahm die Vorschläge an Einführung billiger Eisenbahnzüge für Arbeiter, sowie um Regelung und Kontrolle der Arbeitsverhältnisse im Londoner Hafen, endlich um Verbesserung der Unfallversicherung der Seeleute entgegen. Dem Minister des Innern wurden Wünsche betr. Wohnungsfrage, Beschäftigung von Frauen, häufter Kontrolle der Heimarbeit, Unfallversicherung vorgelesen. An den Finanzminister wandte man sich, um eine strengere Durchführung der gerechten Lohnskala in Regierungsverträgen zu verlangen. Dem Marine-Minister endlich wurde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Staatswerften ans Herz gelegt. Alle Minister gingen in längerer Auseinandersetzung auf die Forderungen der Arbeiter ein und versprochen sie nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Berichte über diese Besprechungen machen durchaus den Eindruck, daß in England die Arbeiter ebenso vor der Beherrschung durch andere Ständen durch-

brungen sind, wie die Regierung diesen Anspruch auf Gleichberechtigung mit allen Konsequenzen im vollsten Maße anerkennt.

**Litterarisches.**

Im Verlag von J. F. W. Diez Nachf. ist soeben erschienen Heft 19 und 20 des Viererwerks: **Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie**, herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Sachgelehrten von Emanuel Wurm.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Harnorgane und deren Erkrankungen. — Die Geschlechtsorgane. — Schwangerschaft, Niederkunft und Wochenbett. — Die Frauenkrankheiten. — Die ansteckenden Geschlechtskrankheiten und die Prostitution. — Die Infektionskrankheiten.

Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfg. erscheinen und in 25 Heften komplet vorliegen. Ferner ist soeben zur Ausgabe gelangt Heft 12 und 13 des reich illustrierten Werkes **Das hungernde Rußland**, Reichendrucke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und Parvus.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die gesundheitlichen Verhältnisse im Hungergebiet. — Die Krankheiten im Hungergebiet. — Die ärztliche Hilfe. — Wie die Regierung die Bauern ernährt.

Neben der bereits komplet vorliegenden Ausgabe, welche broschirt Mk. 6.— gebunden Mk. 7,50 kostet, erscheint das Werk auch in 16 Heften à 40 Pfg.

Samtliche Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 3 der **Kommunalen Praxis**, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Sadekm. (Postzeitungsliste Nr. 4019 a, vierter Nachtrag für 1901.) Preis vierteljährlich 1 Mk. Inhalt der Nr. 3: Raubentfremdungsgesetz und städt. Grundrente in Ulm. — Eine sozialdemokratische Wohnungsgenossenschaft. — Sozialdemokraten in kommunalen Aemtern. — Kommunalwohlfahrt. — Jüdische Verhältnisse. — Arbeiterverhältnisse: Die öffentl. Arbeitsnachweise der Provinz Brandenburg und Berlin. — Zur Lage der städtischen Arbeiter. — Im Gemeinderath zu Weira. — Eine Gefindetasse. — Wohnungsweisen. Der Berliner städtische Wohnungsanschuß. — Gas, Wasser, Elektrizität. — Straßenbahnen. Gaseinheitspreis in Berlin. — Die merkwürdige Konzeption. — Londoner Wasserwucher. — Schulwesen: Haftpflicht der Schulbehörden. — Gesundheitspflege: Volksbäder. — Gesundheitschutz für Schulkinder. — Verschlechterung des Dresdner Milchregulativs. — Aus den Gemeindevertretungen. — Die Sozialdemokratie in den Gemeinden. — Breisungen. — Preussischer Städtetag. — Das Zentralomitee für Lungenheilstätten. — Mundschau. Fürsorge für Obdachlose. — Litterarisches. — Das nieder-rheinische Kommunalprogramm. — Eingefandt.

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

**In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.**

**Alfeld a. Leine.** Samstag, den 9. März, Abends halb 9 Uhr, bei Hermanns.

**Albrechts.** Sonntag, 10. März, Nachmittags 3 Uhr, bei Ballein. Wahl zur Generalversammlung und Konferenz. Stellung zum Gewerkschaftsstatut.

**Altendorf.** Sonnabend, den 9. März, Abends halb 9 Uhr, im „Ewolk“. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Anträge, Vortrag über: Zeit- oder Stücklohn. Referent: Genosse Westphale.

**Aischroden.** Sonnabend, den 16. März, Abends 8 Uhr, im Schröbers Lokal.

**Baden-Baden.** Samstag, 16. März.

**Berlin.** Vertrauensmännerkonferenzen: Sonnabend, 16. März für den **Norden** bei Dieck, Kaiserstr. 123. Sonnabend, 16. März für **Moabit** bei Fischer, Waldstr. 8. Mittwoch, 20. März für den **Süden** im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Donnerstag, den 21. März für die **Westmänner, Urmacher und Optiker** im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Donnerstag, 14. März, für die **Klempner** im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

**Berlin.** Allgem. Vertrauensmännerkonferenz, Montag, 11. März im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

**Berlin.** Drahtarbeiter. Sonnabend, den 16. März im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

**Berlin.** Gas-, Wasser- und Heizungrohrleger und Gehilfen. Sonntag, den 10. März, Vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

**Berlin.** Bezirk Oberhönnoweide. Sonntag, 10. März, Vorm. 10 Uhr, bei Jahn, Wildenminnenhofstraße 18.

**Berlin.** Wäcker und Jöfiker. Sonntag, 10. März, Vorm. 10 Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstraße 29.

**Berlin.** Silberpolierer. Sonntag, 10. März, Vorm. 10 Uhr, bei Wörschel, Jüdenstraße 35.

**Berlin.** Generalversammlung: Sonntag, 17. März, Vormittags 10 Uhr, bei Keller, Kopenstraße 29. Stellungnahme zum 1. Mal. Beratung der Anträge zum Verbandsstatut. Aufstellung der Kandidaten.

**Berlin.** Generalversammlung: Sonntag, 24. März, Vormittags 10 Uhr in der Brauerei Friedrichshain, Am Jüdensteig 22-29. Wahl der Delegierten z. Verbandsstatut.

**Bitterfeld.** Sonnabend, den 16. März, im Restaurant Delmer.

**Böhm.** Sonntag, den 17. März, Vorm. 11 Uhr, bei Förner, Volktemack 12. Delegiertenwahl.

**Brandenburg.** Sonnabend, 9. März, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

**Bremen.** Am 9. und 16. März.

**Söthen.** Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats, Abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Engel“.

